Einzelpreis 30 Pfg. • 4. Jahrgang

Die „Freiheit" erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 16 M. im voraus zahlbar. Für Postbezug nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen entgegen. Unter Streifband bezogen für Deutschland, Oesterreich, Ungarn, Danzig, das Saargebiet, Memelgebiet sowie die früheren deutschen Gebiete Polens u. Luxemburgs 20 M., für das übrige Ausland 27 M. per Brief bez. für Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 35 M.
Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 3a.

Dienstag, 30. August 1921

Nummer 403 • Morgen-Ausgabe

Die achtgespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum kostet 5,— M. einschließlich Teuerungszuschlag. Kleine Anzeigen: Das fettgedruckte Wort 2,— M., jedes weitere Wort 1,50 M. einschließlich Teuerungszuschlag. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 3,50 M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Morg.-Anzeigen: das fettgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1,— M.
Fernsprecher: Zentrum 15230—15239

Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Massen heraus!

Zur machtvollsten Kundgebung Eures Willens und Eurer Entschlossenheit rufen Euch die Zentralleitungen der sozialistischen Parteien, die Gewerkschaften der Angestellten und Beamtenschaft auf. An einem Tage, zur selben Stunde im ganzen Reich, soll der Tritt der Massenbataillone dröhnen.

Die Republik ist in Gefahr!

Politische Meuchelmorde strecken alle dahin, die der Konterrevolution im Wege stehen. Unaufhörlich provozieren Monarchisten und Militaristen. Größere entscheidende Schläge gegen die Stellung der Arbeiterklasse bereiten sie vor. Allzu geduldig habt Ihr diesem Treiben zugesehen.

Jetzt ists genug!

Einheitlich und geschlossen geht jetzt in den Kampf! Ruht nicht, bis die Reaktionäre aus ihren Stellungen in der Verwaltung, in der Justiz, in der Armee hinausgeworfen sind.

Die Einheitsfront der proletarischen Kämpfer ist verwirklicht!

Verlaßt Mittwoch, den 31. August, nachmittags um 2 Uhr, geschlossen die Betriebe zur

Kundgebung um 4 Uhr im Lustgarten

Massen heraus!

Berlin, den 29. August 1921

Bezirksverband Berlin-Brandenburg U.S.P.D.

Arbeiter! Angestellte! Beamte!

Die Ermordung Erzbergers, dieses erneute sichtbare Zeichen für das Vordringen der Reaktion, läßt die Gefahr für den Bestand der Republik und aller freiheitlichen Einrichtungen erkennen. Dieser Gefahr muß mit aller Entschiedenheit begegnet werden von allen schaffenden und rechtlich denkenden Menschen.

Zu gewaltiger und machtvoller Demonstration rufen deshalb nach vorheriger Verständigung die gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen für das ganze Reich auf.

In Berlin versammeln sich Mittwoch, den 31. August 1921, nachmittags 4½ Uhr im Lustgarten alle Beamten, Angestellten und Arbeiter, die die Freiheit der Person und des Wortes verteidigen wollen.

Alle Beamten, Angestellten und Arbeiter müssen so zeitig ihre Arbeitsstätten verlassen, daß sie zur oben angegebenen Zeit im Lustgarten sind, wohin in geschlossenem Zuge unter Vermeidung der Berührung der Bannmeile zu marschieren ist.

In den Krankenhäusern, Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerken ist der Betrieb, soweit als notwendig, aufrecht zu erhalten. Die Straßenbahn, die Hoch- und Untergrundbahn, sowie die Stadtbahn sollen fahren.

Alle Schichtarbeiter und Dienstfreien müssen sich um 2 Uhr in ihren Betrieben zur Teilnahme am geschlossenen Abmarsch zur Demonstration einfinden.

Arbeitslose treffen sich an ihren zuständigen Arbeitsnachweisen und begeben sich von dort nach dem Lustgarten.

Arbeiter! Angestellte! Beamte! Seid Euch der Wichtigkeit des Augenblicks bewußt! Protestiert in gemeinsamer Front gegen die Reaktion, gegen den politischen Mord, für Freiheit und Recht!

Gewerkschaftskommission Berlin und Umgegend
Vollmershaus.

Allgemeiner freier Angestelltenbund, Ortskartell
Groß-Berlin
Flatau. Otto. Schikora.

Gegen die nationalistische Hetze

Aufruf der Reichsregierung

Berlin, 29. August.

Die Reichsregierung erläßt folgenden Aufruf:

Schon seit geraumer Zeit erfüllt es die Reichsregierung mit Besorgnis, daß die öffentlichen Sitten in Deutschland immer mehr in Verfall geraten und die Grundlagen von Reich und Staat zu erschüttern drohen. In einer Zeit, in der alle Kräfte der Nation daran gesetzt werden müßten, die moralischen, sozialen und wirtschaftlichen Schäden des Krieges zu heilen, geht eine zügellose Agitation immer offener ans Werk, die politischen und staatlichen Fundamente zu untergraben, auf denen sich der Neubau des Deutschen Reiches erheben soll. Die Sprache der Presse, welche diesen unheilvollen Bestrebungen dient, wird von Tag zu Tag eindeutiger, sie zeigt, daß

der Plan gewissenloser Elemente und Gruppen,

die den gewaltsamen Umsturz der verfassungsmäßigen Ordnung betreiben, in weitere Kreise des Volkes getragen werden soll. Offen in rohester Form wird in solchen Organen und in Versammlungen zu Gewalttaten an politischen Gegnern, ja zu Mord aufgefordert. Augenscheinlich halten die Führer dieser Bewegung die Zeit für gekommen, in der die Ziele nicht mehr verschleiert zu werden brauchen, sondern offen bekannt werden dürfen. Die Reichsregierung wird von dieser Bewegung als ein Klüngel unfähiger, schwächlicher und undeutscher Politiker dargestellt, deren Beseitigung patriotische Pflicht sei. Neben und in den Parteien, die in parlamentarischer Opposition stehen, gewinnen in letzter Zeit Organisationen, Vereine, Gruppen und Persönlichkeiten an Bedeutung, die aus Haß gegen die demokratisch-republikanische Staatsform offen zur

Verachtung der Verfassung und Uebertretung der Gesetze

auffordern.

Die Not des Vaterlandes macht es zur doppelten Pflicht, mit harter Hand diesem Treiben teils gewissenloser, teils verblendeter Elemente entgegenzutreten. Ein schwerer Winter steht Deutschland bevor: noch lasten auf uns die schweren drückenden Folgen des verlorenen Krieges, noch ist Oberschlesien dem Reich nicht gesichert. Seine Rettung, für welche die Regierung seit Monaten zäh und nicht aussichtslos kämpft, kann durch einen

offenen Ausbruch innerer Zwistigkeiten

in Frage gestellt werden. Der politische Kredit des Deutschen Reiches darf nicht erschüttert werden in einem Augenblick, in dem wir den Anspruch auf Oberschlesien auf die Grundsätze der Demokratie begründen. Ebensowenig kann es geduldet werden, daß durch politische Unruhen die Wirtschaftskraft Deutschlands geschwächt wird, die zur Abtragung der schweren uns auferlegten Lasten aufs höchste angespannt werden muß. Nur durch dauernde ungestörte Arbeit kann es gelingen, Reich und Volk über die schweren Zeiten hinwegzuführen, in denen Teuerung und steuerliche Höchstleistung nebeneinander hergehen.

In dieser Lage des Vaterlandes die Verfassung und die Gesetze antasten oder verächtlich machen, heißt eine zweite, in Wahrheit erst vernichtende Niederlage und damit den Zerfall des Reiches vorbereiten.

Die Reichsregierung ist deshalb entschlossen, das zu tun, was die Zeitumstände und die Provokationen der Gegner der Verfassung gebieterisch erheischen.

Die Verfassung, welche die demokratischen Forderungen der Freiheit der Presse, der Vereine und der Versammlungen verwirklicht, gewährt zugleich die Möglichkeit, diese Freiheiten zu beschränken, wenn sie zur Beseitigung der Verfassung selbst und aller Freiheit schlechthin mißbraucht werden. Von dieser Befugnis, die dem Reichspräsidenten zusteht, wird durch den folgenden Erlaß Gebrauch gemacht. Die Reichsregierung hofft und ist überzeugt, daß alle rechtlich Denkenden und zum Wiederaufbau des Vaterlandes willigen Deutschen hinter sie treten und mit ihr zum Schutze der Verfassung und der Gesetze zusammenwirken. Sie wird mit unerbittlicher Strenge gegen jede Auflehnung vorgehen und fordert alle Organe des Reiches und der Länder auf, in völliger Unparteilichkeit und ohne Ansehen der Person der Verordnung rücksichtslos Geltung zu verschaffen.

Die Reichsregierung.
Dr. Wirth.

Die Republik ist in Gefahr

Die Verordnung des Reichspräsidenten, die wir an anderer Stelle veröffentlichen, ist gegen die reaktionäre Bedrohung der Republik gerichtet. Sie ist auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung erlassen.

Wir sind keine Freunde solcher Verordnungen, aber wir müssen zugeben, daß die Reichsregierung in einem Notstand, unter außerordentlichem Zwang diese Verordnung erlassen hat. An sich würden die bestehenden Gesetze vollständig ausreichen, um der Mordpropaganda der Reaktion ein Ende zu machen, um die Verschwörerorganisationen der Konterrevolution zu vernichten und die bewaffneten Banden aufzulösen. Aber dazu müßten die Gesetze angewandt werden. Doch wir alle wissen, daß die Staatsanwälte nicht anklagen, die Justiz versagt, die Verwaltung gelähmt ist, wenn es gegen die nationalistische und militaristische Reaktion geht. So sieht sich die Regierung, so sieht sich die große Mehrheit der Bevölkerung einem gesetzlosen, gewalttätigen Treiben gegenüber, während die Staatsmacht versagt. Deshalb hat sich die Regierung veranlaßt gesehen, diese Staatsmacht sich zu schaffen, indem sie selbst die notwendigen Organe einsetzt, die ihre Anweisungen auch wirklich zur Durchführung bringen. Da Justiz und Bureaukratie versagen, muß der Reichsminister des Innern instandgesetzt werden, der Mordpropaganda und der gegenrevolutionären Organisation wirksam begegnen zu können. Wenn die Deutschnationalen und die anderen Reaktionären jetzt aufheulen, weil ihnen droht, was sie beständig selbst gegen alle anderen unaufhörlich verlangen, dann muß ihnen gesagt werden: Ihr habt es selbst bewirkt, Ihr habt die Justiz verdorben, Ihr habt die Verwaltung zu Eurem Parteiinstrument gemacht, Ihr seid die letzten, die klagen dürfen.

Die Regierung aber wird sich darüber klar sein müssen, daß, wenn die Bestimmungen, die sie getroffen hat, nicht mißbraucht werden sollen gerade gegen diejenigen, die die Schützer der Republik sind, dann alles auf die Ausführung ankommen wird; es muß dafür gesorgt werden, daß nur zuverlässige Republikaner mit dieser Ausführung betraut werden.

Es versteht sich von selbst, daß diese Verordnung, wie sie aus einem Notstand geboren ist, nur ein Notbehelf sein kann. Die dauernde Heilung kann nur erfolgen, wenn jene wichtigen und gründlichen Reformen verwirklicht werden, die gestern in voller Uebereinstimmung von den Vertretern der sozialistischen Parteien und den großen wirtschaftlichen Organisationen, die 11 Millionen Hand- und Kopfarbeiter repräsentieren, gefordert worden sind. Erst wenn die Macht der Reaktion in der Verwaltung, die Feindschaft der Justiz gegen die Republik, der Geist des Militarismus in der Reichswehr gebrochen sein wird, erst dann ist die reaktionäre Gefahr gebannt, erst dann ist die Republik vor Anschlägen, sind ihre Vertreter vor Meuchelmord gesichert.

Das kann aber nicht das Werk der Regierung sein, das muß das Werk vor allem der Arbeiterschaft selbst sein und deshalb sehen wir als das wichtigste politische Ereignis des gestrigen Tages die Tatsache an, daß die sozia-

listischen Parteien und die wirtschaftlichen Verbände zu einer vollen Uebereinstimmung in der Beurteilung der Situation und in den Forderungen gelangt sind, die sich aus ihr ergeben.

Es sind sicher von unserem Standpunkt aus beschränkte Ziele, die die organisierte Arbeiterschaft sich damit gestellt hat. Es sind Ziele, für die nicht nur sozialistische, sondern darüber hinaus alle die Kreise eintreten können und müssen, die die Aufrechterhaltung der Republik wollen, die die Notwendigkeiten der auswärtigen Politik begreifen und die Wiederkehr des alten Systems der Monarchie des militaristischen und bureaukratischen Absolutismus verhindern wollen.

Aber diese Ziele liegen auf dem Wege unserer Entwicklung und sie sind solche, die zunächst erreicht werden müssen. Sie sind die ersten Schritte, die die Arbeiterklasse tun muß, wenn sie die weiteren machen will. Dieser Weg ist gangbar und aussichtsreich, weil er zugleich der Weg der Einigung des Proletariats im Kampfe, in bestimmten Aktionen ist.

Gemeinsames Vorgehen der beiden sozialistischen Parteien

Besprechungen des Reichskanzlers mit den Parteien und Gewerkschaften

Am Sonnabend mittag fand eine gemeinsame Besprechung der Vertreter der Parteileitungen beider sozialistischen Parteien im Reichstag statt. Die Besprechung ergab die Uebereinstimmung in der Beurteilung der politischen Lage, die als ernst und kritisch aufgefaßt wurde. Dies machte ein gemeinsames Handeln beider Parteien zu einem unbedingten Erfordernis. Ebenso war man sich über die Maßnahmen einig, die zum Schutze der Republik und zur Beseitigung der außerordentlichen Gefahren, die für die innere und außenpolitische Entwicklung durch das Auftreten der Reaktion erzeugt werden, ergriffen werden müssen.

Es wurde hervorgehoben, daß von der Regierung endlich mit allem Nachdruck gefordert werden müsse, endlich den Kampf gegen die Reaktion mit der notwendigen Entschlossenheit aufzunehmen. Vor allem aber müsse die Arbeiterschaft selbst ihre Macht in Anwendung bringen und den reaktionären Provokationen entgegentreten. Dazu brauche die Arbeiterschaft Bewegungsfreiheit. Deshalb müsse der Ausnahmezustand in Mitteldeutschland und Ostpreußen, und vor allem in Bayern, der nur gegen die Schützer der Republik angewandt wurde, endlich verschwinden. Eine durchgreifende Demokratisierung der Verwaltung und Reform der Justiz, die eine wirklich volkstümliche Rechtspflege garantiere, müßte verwirklicht werden.

Nachmittag um ½3 Uhr fand eine Unterredung der Parteivertretungen mit dem Reichskanzler statt. Dem Kanzler wurde die übereinstimmende Auffassung beider Parteien über die Situation und die nächsten Forderungen dargelegt.

Der Reichskanzler, der unumwunden den Ernst der Lage anerkannte, machte Mitteilungen von den Maßnahmen, die die Regierung eben getroffen hat. Er erklärte, daß die Reichsregierung gewillt sei, alles Notwendige zum Schutz der Republik und der republikanischen Staatsverfassung mit größter Energie durchzuführen. Er selbst sei in allen seinen Kundgebungen mit besonderer Energie für die republikanische Staatsform eingetreten. Die Vertreter der Parteien legten nochmals die Notwendigkeit ihrer Forderungen, insbesondere auch die Beseitigung des bayerischen Ausnahmezustandes mit großem Nachdruck dar. Sollen die Maßnahmen der Regierung Erfolg haben, so müssen ihre Ausführungsorgane unbedingt zuverlässige Republikaner sein. Im Kampf um den Schutz der Republik werde die Regierung auf die Unterstützung der Arbeiterklasse rechnen können. Die Vertreter der Arbeiterschaft seien sich bewußt, daß es ihre Pflicht sei, zum Schutz der Republik unter Umständen auch alle, ihnen zu Gebote stehenden Kampfmittel anzuwenden.

*

Von gewerkschaftlicher Seite wird mitgeteilt:

Heute nachmittag fand im Reichskanzlerhause eine Besprechung von Vertretern des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, des Gewerkschaftsringes deutscher Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände und des Afa-Bundes mit dem Herrn Reichskanzler statt. Die Vertreter der Gewerkschaften wiesen auf den durch die jüngste Mordtat blitzartig beleuchteten Charakter der politischen Situation hin und schilderten die in den Reihen der Arbeitnehmerschaft vorhandene starke Beunruhigung. Es wurde von ihnen mit Bedauern festgestellt, daß die am 20. März 1920 zur Sicherung der Republik getroffenen Vereinbarungen (8 Punkte) bis heute unerfüllt geblieben seien, und daß seitdem die Reaktion immer mehr erstarkt sei. Ausschreitungen schwerster Art gegen das Ansehen der Republik und deren Einrichtungen hätten sich ereignet, die Fahne der Republik sei mehr als einmal Gegenstand der Verhöhnung und Vernichtung gewesen, Veranstaltungen ehemaliger militärischer Formationen seien mit Verunglimpfungen der Einrichtungen der Republik verbunden gewesen. Gegen derartige Handlungen des Hochverrats, soweit sie von rechts kämen, seien die Organe der Justiz gar nicht oder nur mit außerordentlicher Milde vorgegangen. Die bedenkliche innerpolitische Entwicklung zeige sich aber besonders in den Mordtaten gegenüber republikanisch gesinnten politischen Persönlichkeiten. Die Ermordung des Abg. Gareis in München sei bis heute noch ungesühnt; der Mord an Erzberger sei symptomatisch für die politische Atmosphäre.

Die Vertreter der Gewerkschaften richteten daher an den Herrn Reichskanzler die dringende Aufforderung, zur Beseitigung dieser Zustände in schärfster Weise durchzugreifen. Insbesondere forderten sie die Aufhebung des Ausnahmezustandes in Bayern, Mitteldeutschland und Ostpreußen, das Verbot für Angehörige der Reichswehr, an antirepublikanischen Kundgebungen teilzunehmen, widrigenfalls sofortige Bestrafung und Entfernung aus der Reichswehr erfolgen müsse, unerbittliches Vorgehen gegen die unmittelbare und mittelbare Verherrlichung des politischen Mordes und der Anreizung dazu in Wort und Schrift, schärfstes Zufassen bei der strafrechtlichen Verfolgung politischer Mörder und deren Helfershelfer, wie überhaupt die Ergreifung energischer Maßnahmen zur Sicherung der demokratischen Republik.

Die gewerkschaftlichen Vertreter erklärten ausdrücklich, daß die hinter ihnen stehenden 11 Millionen Arbeiter, Angestellten und Beamten willens seien, sich zum Schutze der demokratischen Republik der Regierung rückhaltlos zur Verfügung zu stellen. Sie erwarteten von der Regierung, daß sie unverzüglich die erforderlichen Maßnahmen treffe.

Der Herr Reichskanzler erklärte in seiner Erwiderung, daß er die von den Vertretern der Gewerkschaften vorgetragenen Besorgnisse teile. Es sei daher bereits eine Verordnung erlassen, die geeignet sein dürfte, den beregten Mißständen nachdrücklich zu Leibe zu gehen. Er begrüßt es, daß die Vertreter der Gewerkschaften sich in so entschiedener Weise hinter die Regierung stellen wollten, um sie bei der Sicherung der Republik nachdrücklichst zu unterstützen. Wegen Aufhebung des Ausnahmezustandes, die auch er für wünschenswert halte, sei mit den betreffenden Ländern in Verbindung zu treten. Die hinsichtlich der Rechtsprechung gegebenen Anregungen würden Gegenstand einer bevorstehenden gesetzgeberischen Maßnahme sein.

Der Herr Reichskanzler behielt sich vor, den Vertretern der Gewerkschaften über die Wirkung der getroffenen Maßnahmen in den nächsten Tagen eine Mitteilung zukommen zu lassen.

Der Deutsche Beamtenbund ist gleichfalls mit den gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen in Fühlung getreten und hat erklärt, daß er jeden politischen Mord aufs schärfste verurteile und von der Regierung durchgreifende Maßnahmen zur Entgiftung der politischen Atmosphäre erwartet. Auch der Deutsche Beamtenbund ist bereit, die Verfassung gegen jeden gewaltsamen Angriff mit allen Mitteln zu schützen.

Oltwig v. Hirschfeld – der Mörder Erzbergers?

Wolffs Bureau teilt mit:

Die Ermittelungen der Abteilung 1a des Polizeipräsidiums zur Aufdeckung des Mordes an Erzberger erstrecken sich u. a. auf die Person des ehemaligen Fähnrichs Oltwig von Hirschfeld. Bekanntlich war von Hirschfeld wegen des früheren an Erzberger verübten Attentates zu eineinhalb Jahren Gefängnis verurteilt worden. Er hatte diese Strafe im Strafgefängnis von Berlin-Tegel zu verbüßen, war aber wegen angeblicher Krankheit am 27. 4. 21

auf vier Monate aus dem Gefängnis beurlaubt

worden. Die Urlaubsfrist lief am Sonnabend, den 27. 8., vormittags 10 Uhr 50 Minuten ab, ohne daß von Hirschfeld sich zur weiteren Strafverbüßung einfand. Noch am Sonnabend nahm die Berliner Polizei die Ermittelungen nach dem Verbleib des von Hirschfeld auf.

Als sie hörten, daß der Genannte sich mit seinen Eltern im Dorf Almrich bei Naumburg aufhalte, ersuchten sie sofort drahtlich den Landrat von Naumburg um Feststellung, ob der Gesuchte von Hirschfeld sich in Almrich aufhält, und bejahendenfalls um sofortige Festnahme des Gesuchten. Die Antwort des Landrats von Naumburg lautete dahin, daß von Hirschfeld nicht in Almrich sei, sondern daß sich dort lediglich seine Eltern aufhielten, die ihrerseits über den Verbleib ihres Sohnes nach dem 9. 8. nichts mehr wissen wollten. Da die letztere Aussage unglaubwürdig erschien und da ferner nach den bei der Berliner Polizei vorhandenen Unterlagen

die Mutter des von Hirschfeld in den Plan des früheren Attentats ihres Sohnes vorher eingeweiht war,

hat die Abteilung 1a des Berliner Polizeipräsidiums am gestrigen Montag Beamte nach Almrich entsandt, um die Eltern von Hirschfelds dem Berliner Polizeipräsidium zur sofortigen Vernehmung zuzuführen. Die Vernehmung dürfte bereits im Laufe des heutigen Tages erfolgen.

*

Wenn es sich herausstellen sollte, daß dieser Bube der Mörder Erzbergers ist — eine Vermutung, die nach dieser Meldung gerechtfertigt erscheint —, dann ist offenbar, daß die Justiz, die diesen Mann so milde behandelte, ihm „ideale Gesinnung" zugute hielt, und die Strafvollstreckung, die den gemeinen Verbrecher auf vier Monate „beurlaubte", also gleichsam auf eigene Faust amnestierte, die Mitschuld an der Ermordung Erzbergers tragen.

Die Untersuchung der Mordtat

Wie bereits bekannt, ist eine größere Abordnung von Berliner Polizeibeamten an den Tatort der Ermordung Erzbergers entsandt worden, um dort an Ort und Stelle die Ermittelungen nach den Tätern vorzunehmen. Die Abordnung besteht aus einem höheren Verwaltungsbeamten des Berliner Polizeipräsidiums, ferner einem Kriminalkommissar nebst 20 Kriminalbeamten der Abteilung IA (der sogenannten politischen Abteilung) sowie aus einem weiteren Kriminalkommissar nebst 15 Kriminalbeamten der Abteilung IV (der Kriminalpolizei).

Da man damit rechnen muß, daß Spuren des gegen Erzberger ausgeführten Attentats nach Berlin führen, hat der Polizeipräsident von Berlin angeordnet, daß auch in der Berliner Polizei-Zentrale mit allen Kräften versucht wird, die Mordtat aufzudecken. Die Ermittlungen liegen hier in der Hand des Leiters der Abteilung IA. Es ist bei dieser Abteilung ein besonderer Bereitschaftsdienst unter einem Kriminalkommissar eingerichtet, der Tag und Nacht ununterbrochen zu erreichen ist (Zimmer 260, Hausanruf Nr. 313). In den beiden letzten Tagen haben sich bereits zahlreiche Personen gemeldet, die über verschiedene Wahrnehmungen aus letzter und früherer Zeit Bekundungen gemacht haben. Allen diesen Meldungen wird von der Abteilung IA eingehend nachgegangen. Ueber das Ergebnis der Ermittelungen wird die Oeffentlichkeit auf dem laufenden gehalten.

Die von der Abteilung IA des Berliner Polizeipräsidiums an erster Stelle verfolgte Spur betrifft eine Person, die in der ersten Hälfte des Juli bei einer Berliner Zeitungsredaktion die Aeußerung getan hat, Erzberger muß als Schädling des Reiches erledigt werden. Er muß auf alle Fälle unschädlich gemacht werden. Der betreffende Mann soll bei seiner Aeußerung den Eindruck eines erregten Fanatikers gemacht haben, der sich mit der Absicht trägt, gegen Erzberger tätlich vorzugehen. Es handelt sich um einen Mann, auf welchen im allgemeinen die Beschreibung zutrifft, die von dem einem der in Griesbach aufgetretenen Meuchelmörder gegeben wird. Der Mann ist etwa 1,73 bis 1,76 Zentimeter groß, schlank, mit ovalem Gesicht, blondem Haar, hellen Augen und kleinem blonden Schnurrbart. Er war mit umgeänderter feldgrauer Uniform, Wickelgamaschen und schwarzen Schnürschuhen bekleidet und scheint seinem Benehmen nach ehemaliger Offizier, jetziger Student zu sein. Die Meldung über die Aeußerung jenes Mannes ging der Abteilung IA des Polizeipräsidiums am 12. Juli zu. Erzberger befand sich damals nicht in seiner Wohnung, sondern im Jordanbad bei Biberach in Württemberg.

Das Hauspersonal der Berliner Wohnung von Erzberger wurde von der erwähnten Aeußerung des Unbekannten sofort verständigt und ersucht, auf das Auftauchen einer verdächtigen Person zu achten. Zugleich setzte sich die Abteilung IA des Berliner Polizeipräsidiums mit der zuständigen württembergischen Polizeibehörde in Verbindung und ersuchte sie, Erzberger in geeigneter Weise von dem Vorfall in Kenntnis zu setzen. Erzberger hat darauf am 24. Juli von dem Vorgang Kenntnis erhalten und seine Kenntnisnahme durch Unterschrift und den handschriftlichen Zusatz: „Bitte Staatskommissariat für Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung zu informieren" bekundet. Gemäß seinem Wunsch ist am 28. Juli dem Staatskommissariat für öffentliche Ordnung Kenntnis gegeben worden. Zugleich sind seit jener Zeit eingehende Ermittelungen der Abteilung IA nach jenem Unbekannten im Gange.

Offenburg, 29. August.

Zu dem Mordenschlag auf Erzberger erhält die „Offenburger Zeitung" von zuverlässiger Seite noch folgende Mitteilungen: Die beiden Täter gingen in einem so geringen Abstand hinter den beiden Abgeordneten her, daß man sie allgemein für ihre Söhne hielt.

Es wird berichtet, daß die beiden Täter wiederholt im Vorbeigehen die Zimmer des Abgeordneten Erzberger beobachteten. Das wurde auch unmittelbar bevor sie am Freitag morgen in den Wald gingen, gesehen. Nach der Tat flüchteten sie in der Richtung nach dem Kniebis und fragten den Straßenwart nach der Wegrichtung. Die angesetzten Polizeihunde verfolgten die Spur der Täter ebenfalls, so daß die Fluchtrichtung feststeht. Das ganze Kniebisgebiet ist von Gendarmerie umstellt.

Das Signalement der Attentäter

TU. Karlsruhe, 29. August.

Ueber die Untersuchung in der Verfolgung der Mörder Erzbergers wird amtlich mitgeteilt: Es handelt sich um zwei Personen, die für die Täterschaft in Frage kommen. Der eine ist ein größerer Mann, 25 bis 30 Jahre alt, mit blondem, stehendem oder zurückgestrichenem Haar, mit kleinem Schnurrbart und finstrem Gesichtsausdruck. Er trägt Kneifer, Sportanzug, der teils als schwarzgrau, teils als rehfarben bezeichnet wird, ferner Sportstrümpfe, er geht stets ohne Hut und trägt am linken Ohr oben ein kleines Heftpflaster. Der zweite Täter wird als kleiner Mann geschildert mit dunklem Haar, Sportanzug, ebenfalls Sportstrümpfe und soll auch ohne Hut sein. Einer der beiden soll einen Umhang seitlich am Lederriemen oder am Gürtel des Rads getragen haben. Beide wurden vor der Tat von verschiedenen Kurgästen beobachtet, denen auffiel, daß sie sich öfter beim Kurhause vor den Fenstern Erzbergers aufgehalten haben. Die Untersuchung hat bisher schon Anhaltspunkte geliefert, in welcher Richtung sich die beiden entfernt haben. Am Tatorte wurden mehrere Patronenhülsen sowie eine unabgeschossene Patrone gefunden. Die Munition war von zwei verschiedenen Kalibern. Der Sektionsbefund der Leiche Erzbergers stellt zwei Kopfschüsse, einen Brustschuß mit Verletzungen beider Lungenflügel, einen Schuß durch den linken Oberschenkel und den Bauch, sowie zwei unerhebliche Schüsse fest.

Die Partei der Meuchelmörder

Wir wiesen schon darauf hin, daß das Berliner Zentrumsorgan, die „Germania", nach der Ermordung Erzbergers unserer schon längst vertretenen Anschauung recht geben mußte, daß es eine deutschnationale Mörderzentrale gibt, die ihre politischen Gegner durch Meuchelmord zu beseitigen sucht. Die „Germania" schreibt ergänzend zu dieser Frage:

„Die ganze alldeutsche Meute ist über uns hergefallen, weil wir von einer deutschnationalen Mörderzentrale gesprochen haben. Die Entrüstung der deutschnationalen Presse bringt uns nicht von unserer Ueberzeugung ab, daß nicht nur eine solche Zentrale, sondern eine regelrechte Meuchelmörderpartei besteht, deren Opfer Erzberger geworden ist und deren letztes er, so fürchten wir, nicht sein wird. Es fällt uns nicht ein, die ganze deutschnationale Partei mit dieser Meuchelmörderbande zu identifizieren. Aber deren Hauptbestand schleicht im Gefolge dieser Partei einher, empfängt von ihr Nahrung und Ansporn und holt sich aus den „nationalen" Hetzgesängen der Parteipresse die Begeisterung für solche „Taten", wie wir sie soeben schaudernd erlebten. Die deutschnationale Presse hat den Meuchelmord an Erzberger auf dem Gewissen. Wenn sie auch mit frecher Stirn ihre Mittäterschaft ableugnet, das Brandmal der Urheberschaft eines Meuchelmordes bleibt auf ihr sitzen. Sie hat gegen Erzberger einen verbrecherischen Feldzug geführt und ihn bis ans das Messer bzw. den Revolver bekämpft . . . Als Demokrat und Reichsfinanzminister war er den Reaktionären besonders verhaßt. So schien der Mörderzentrale die Zeit für die Beseitigung dieses „Reichsverderbers" gekommen. Sie ging an ihr blutiges Werk."

Mit Recht weist das Zentrumsorgan darauf hin, daß der Mord an Erzberger innerpolitisch eine gefährliche Spannung erzeugt, was nach außenhin die Lage Deutschlands außerordentlich verschlechtert habe. Fahre die Rechtspresse fort, Oel ins Feuer zu gießen, dann sei eine Katastrophe unvermeidlich. Es genüge nicht, fährt sie fort, die Mörder zu suchen, „es müssen auch die Quellen verstopft werden, aus denen die Meuchelmörderpartei gespeist wird."

*

Inzwischen ist folgende Meldung verbreitet worden, die nach den vorstehenden Ausführungen nur Heiterkeit auszulösen vermag:

Die Parteileitung der Deutschnationalen Volkspartei hat gegen die Schriftleitung der unabhängigen Zeitung „Die Freiheit" ein Strafverfahren anhängig gemacht wegen der Behauptung, daß in der Leitung der Deutschnationalen Volkspartei die Anstifter des Mordes an Erzberger säßen.

Wir nehmen an, daß die deutschnationale Parteileitung ihren Strafantrag stellte, ehe sie von dem öffentlichen Geständnis des Geschäftsführers ihrer Partei, Strack, Kenntnis hatte: „Wir freuen uns darüber, daß Deutschland von einem seiner Schädlinge befreit ist. Wir tragen die volle Verantwortung für die Tat."

Glaubt die ehrenwerte Leitung der Deutschnationalen Volkspartei durch Stellung eines Strafantrages die Tatsache zu verhüllen, daß ihre Partei eine Partei des Meuchelmordes geworden ist?

Einberufung des ständigen Ausschusses

Wie bereits gemeldet, hatten unsere Genossen Dittmann und Rosenfeld als Mitglieder des 8. Ausschusses des Reichstags durch ein Schreiben an den Vorsitzenden dieses Ausschusses, den Abgeordneten Meerfeld, die sofortige Einberufung dieses Ausschusses veranlaßt. Wie der „Vorwärts" nunmehr mitteilt, hat der Abgeordnete Meerfeld diesen Ausschuß zum Freitag, den 2. September, nach Berlin eingeladen. Als Begründung hatten unsere Genossen besonders die skandalösen Zustände in Bayern angegeben. Nunmehr wird neben der Beratung über diese Angelegenheit auch die innenpolitische Lage, wie sie durch die Ermordung Erzbergers sich gestaltet hat, besprochen werden.

Die Verordnung der Reichsregierung

Auf Grund des Artikels 48 der Verfassung des Deutschen Reichs wird zur **Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung** für das Reichsgebiet folgendes verordnet:

§ 1.

Periodische Druckschriften, deren Inhalt zur **gewaltsamen Aenderung oder Beseitigung der Verfassung oder verfassungsmäßiger Einrichtungen des Reichs oder eines seiner Länder, zu Gewalttaten gegen Vertreter der republikanisch-demokratischen Staatsform, zum Ungehorsam gegen Gesetze oder rechtsgültige Verordnungen** oder gegen die innerhalb ihrer Zuständigkeit getroffenen Anordnungen der verfassungsmäßigen Behörden auffordert oder anreizt, können für die Dauer bis zu 14 Tagen verboten werden. Gleiches gilt für periodische Druckschriften, deren Inhalt eine Billigung oder Verherrlichung solcher Handlungen darstellt oder die verfassungsmäßigen Organe und Einrichtungen des Staates in einer den inneren Frieden des Staates gefährdenden Weise verächtlich macht.

Das Verbot kann bis auf die Dauer von drei Monaten ausgedehnt werden, wenn die Druckschrift nach vorherigem Verbot nochmals gegen die Bestimmungen des Absatz 1 verstößt.

Das Verbot gilt für das gesamte Reichsgebiet und umfaßt auch jede angeblich neue periodische Druckschrift, die sich sachlich als die alte darstellt.

Zuständig für den Ausspruch des Verbots ist der Reichsminister des Innern, der die zum Vollzuge notwendigen Vorschriften erläßt.

§ 2.

Eine Beschlagnahme von Druckschriften ohne richterliche Anordnung ist außer in den Fällen des § 23 Nr. 1 und 2 des Reichsgesetzes über die Presse vom 7. Mai 1874 auch dann zulässig, wenn der Inhalt der Druckschrift die Voraussetzung eines Verbots nach § 1 Abs. 1 erfüllt.

§ 3.

Wer eine nach § 1 verbotene Druckschrift herausgibt, verlegt, druckt oder verbreitet, wird mit Geldstrafe bis zu 300 000 M. und mit Gefängnis oder mit einer dieser Strafen bestraft.

§ 4.

Versammlungen, Vereinigungen, Aufzüge und Kundgebungen können außer den Fällen des Artikels 123 der Reichsverfassung verboten werden, wenn die Besorgnis begründet ist, daß in den Versammlungen usw. Erörterungen stattfinden, die zur **gewaltsamen Aenderung oder Beseitigung der Verfassung oder verfassungsmäßiger Einrichtungen des Reichs oder eines seiner Länder zu Gewalttaten gegen Vertreter der republikanisch-demokratischen Staatsform, zum Ungehorsam gegen Gesetze oder rechtsgültige Verordnungen** oder gegen die innerhalb ihrer Zuständigkeit getroffenen Anordnungen der verfassungsmäßigen Behörden aufreizen, solche Handlungen billigen oder verherrlichen oder die verfassungsmäßigen Organe und Einrichtungen des Staates in einer den inneren Frieden des Staates gefährdenden Weise verächtlich machen.

Zuständig für den Ausspruch des Verbots ist der Reichsminister des Innern, der die zum Vollzuge notwendigen Vorschriften erläßt.

§ 5.

Wer eine nach § 4 verbotene Versammlung usw. veranstaltet oder in einer solchen verbotenen Versammlung usw. als Redner auftritt, wird mit Geldstrafe bis zu 500 000 M. und mit Gefängnis nicht unter einem Monat, wer an einer solchen verbotenen Versammlung usw. teilnimmt, mit Geldstrafe bis zu 100 000 M. und mit Gefängnis oder mit einer dieser Strafen bestraft.

§ 6.

Gegen ein Verbot nach §§ 1 und 4 und eine Beschlagnahme nach § 2 ist die Beschwerde an einen Ausschuß zulässig; die Beschwerde hat **keine aufschiebende Wirkung.** Die Mitglieder des Ausschusses und ihre Stellvertreter wählt der Reichsrat aus seiner Mitte. Der Ausschuß entscheidet in der Besetzung von sieben Mitgliedern, die nach eigener freier Ueberzeugung erkennen. Den Vorsitz im Ausschuß führt ohne Stimmrecht der Reichsminister des Innern oder ein von ihm bestimmter Stellvertreter. Die Beschwerde ist beim Reichsminister des Innern einzureichen, der sie, falls er ihr nicht stattgibt, dem Ausschuß zur Entscheidung vorlegt.

§ 7.

Die Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündigung in Kraft.

Berlin, den 29. August 1921.

Der Reichspräsident.
gez. Ebert.
Der Reichskanzler.
gez. Dr. Wirth.

Die Ausführung der Maßnahmen

Wolffs Bureau meldet:

Aus dem preußischen Ministerium des Innern hören wir, daß am Dienstag, um 12 Uhr, vom Reichsministerium des Innern dem Reichsrat die Ausführungsbestimmungen zu der Verordnung des Reichspräsidenten vom 29. August vorgelegt werden. Unmittelbar nach Erlaß dieser Bestimmungen werden vom preußischen Ministerium des Innern mit allen Nachdruck die Maßnahmen ergriffen werden, die zur Ausführung dieser Bestimmungen notwendig sind.

Sie drohen mit der Hungerblockade!

Das entschlossene Auftreten der Arbeiterklasse entlockt der nationalistischen Presse Stimmen, die ohnmächtige Wut, Verlogenheit und Dummheit verraten. Was ihnen an Kraft und Witz abgeht, suchen diese Blätter durch kühne Frechheit und gespielten Hochmut zu ersetzen. Das ist es, wenn die „Tägliche Rundschau" allen Ernstes verlangt, daß die Demonstrationen der Arbeiterschaft verboten werden. Das Blatt wagt zu schreiben:

„Wenn die Regierung die gemeinsame sozialistische Aktion auf der Straße in den nächsten Tagen gestattet, übernimmt sie die Verantwortung dafür, wenn es, entsprechend dem Wunsche der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, gegebenenfalls zur neuen Revolution kommt, welche das Organ der sozialdemokratischen Regierungspartei, die „Sozialistische Korrespondenz", angekündigt hat. Will die Regierung dagegen, daß die Ordnung aufrechterhalten wird, dann hat sie unverzüglich Maßnahmen zur Verhindernng der Kundgebungen zu unternehmen. Es ist nicht angängig, daß in Deutschland unter dem Schutze einer Regierung die andersdenkende Bevölkerung mundtot gemacht und das Faustrecht von den Parteien der Regierung auf der Straße proklamiert wird."

Man sollte meinen, daß diese Heuchelei, die über Faustrecht klagt im Namen einer Gesellschaft, die den Mord heraufbeschwört und offen verherrlicht, nicht mehr zu übertreffen ist. Aber fast noch kühner verdreht die „Kreuz-Zeitung" die Wahrheit der Zusammenhänge, wenn sie — in Vorahnung der Regierungsverordnung — schreibt:

„Wenn man das tatsächlich Politische aus dem Schlamme der Verleumdung und Verhetzung, der in diesen Tagen von unseren innerpolitischen Gegnern zusammengetragen wurde, herausschält, so tritt in Parallele zu den Tagen des Kapp-Putsches zunächst der Versuch der Gewerkschaften hervor, unmittelbar Einfluß auf die Regierung zu gewinnen. Angeblich sollen diesmal auch die christlichen Gewerkschaften und die sogenannten Gelben sich anschließen wollen. Der Zweck ihres Eingreifens in den durch die Verfassung festgelegten demokratisch-parlamentarischen Staatskörper soll die Forderung sein, gegen die Nationalgesonnenen einen Ausnahmezustand zu errichten. Mit anderen Worten, man will die Freiheit der Republik, von der so oft in schönen Worten die Rede ist, nur für einen Teil des deutschen Volkes gelten lassen."

Die Leute fordern also für ihre offen zur Schau getragenen und mit dem Mittel des gemeinen Meuchelmordes betriebenen Absichten zur Beseitigung der Republik den Schutz der Verfassung — dieselben Gesellen, die bei jeder Regung der Arbeiterschaft den Ausnahmezustand gefordert haben und jeden Staatsanwalt bejubeln, der mit Hilfe williger Paragraphen dem Recht Gewalt antut. Sie selbst haben die Waffen erfunden, sie selbst regieren in Bayern fort und fort mit dem Ausnahmezustand — der Waffe, die sie nun selbst zu spüren bekommen werden.

Die „Deutsche Tageszeitung" nimmt den zahnlosen Mund besonders voll. Sie droht! Sie ruft Abwehr auf. Kaltblütig erklärt das Blatt in einem vornehmlich an die Rechtssozialisten gerichteten Leitartikel:

„Sie können in den großen Städten Ihre Diktaturgelüste zur Ausführung bringen, so lange, bis die Diktatoren selbst unter dem Diktat des Pöbels stehen. **Aber Sie können nicht draußen ins Land hinaus.** Sie können nicht in die kleinen Städte und in die Bauerndörfer. Wollen Sie, daß das flache Land Ihren Kampfruf beantwortet? Wollen Sie, daß der Bauer, der von den Großstädten, seit der Revolution erst recht, genug hat, im Interesse seiner eigenen Selbsterhaltung sagen muß: **Ihr, Berlin und Halle und Magdeburg und Erfurt, seht Ihr zu! Wollen** Sie das, meine Herren? Wissen Sie, was das bedeutet? Bedeutet namentlich für Sie, die Sie zwischen den Massen in den Städten sitzen? Und für Ihre Gurgel?"

Sie haben von dem verpönten England gelernt. Sie drohen mit der Hungerblockade, was indes gerade zurecht kommt, um die ganze Verruchtheit dieser Gesellen zu zeigen. Das ist es, was schärfsten Kampf unter allen Umständen herausfordert und rechtfertigt.

Kampf gegen die gefährlichsten Feinde des deutschen Volkes — ihn allein gilt es in diesen Tagen.

Die Haltung der christlichen Gewerkschaften

Wolffs Bureau teilt mit: Von der Leitung des Deutschen christlichen Gewerkschaftsbundes wird die gegenwärtige innerpolitische Lage wie folgt beurteilt:

Inmitten der von langer Hand planmäßig vorbereiteten, die wirtschaftlichen Nöte breitester Volkskreise und die allgemeine politische Erregung skrupellos ausnützenden Parteikämpfe ist die Ermordung Erzbergers erfolgt. Der Deutsche Gewerkschaftsbund ist mit allen ehrliebenden und politisch urteilsfähigen Menschen einig in der **rückhaltlosen Verurteilung dieses Meuchelmordes.** Der Deutsche Gewerkschaftsbund steht fest auf dem Boden der deutschen Volksgemeinschaft. Wer sich zu ihr bekennt, muß, besonders in erregten Zeiten, den Mut haben, die sich daraus ergebenden Pflichten vorbehaltlos und nach allen Seiten zur Geltung zu bringen. Deshalb verurteilt der Deutsche Gewerkschaftsbund aufs schärfste die wüsten und vergiftenden Formen der parteipolitischen Kämpfe, wie sie augenblicklich das deutsche Volk durchtoben. Der Deutsche Gewerkschaftsbund wird sich mit aller Entschiedenheit **gegen alle Bestrebungen wenden** — gleich woher sie kommen —, **die eine gewaltsame Aenderung der Verfassung zum Ziel haben.**

Weitere verschärfte innerpolitische Wirren würden Deutschland um den letzten Rest jeder staatlichen Autorität gegenüber dem Auslande bringen. Die furchtbaren Folgen hätte dann das gesamte deutsche Volk, in erster Linie die deutschen Arbeitnehmer, zu tragen.

Potsdam

Die Ursachen der Schießerei — falsche Darstellungen

Ueber die Erschießung der Genossen Regener und Hensel in Potsdam verbreitet die bürgerliche Presse verschiedene unzutreffende Darstellungen. So wird mehrfach behauptet, der Wachtmeister Wolff sei vor Abgabe der Schüsse niedergeschlagen worden. Das ist unzutreffend, der Beamte ist wohl beim Laufen hingefallen, jedoch weil er mit seinen nägelbeschlagenen Schuhen auf dem glatten Pflaster ausgerutscht ist. Daher allein stammt auch die Verletzung des Beamten.

Mit diesen Darstellungen soll dem Beamten anscheinend der Weg zur Straffreiheit gebahnt werden. Man beabsichtigt, den Vorgang als Akt der Notwehr hinzustellen. Unsere sofort an Ort und Stelle getroffenen Feststellungen beweisen das Gegenteil. Der Beamte hat von seiner Waffe erst Gebrauch gemacht, als er sich im Hausflur befand, also vor jedem Angriff sicher war.

Zugegeben wird aber fast allgemein, daß **die beiden Reichswehrsoldaten die Urheber des Zwischenfalls waren,** indem diese den abgekommenen Demonstrantenzug belästigten.

Weitere Zusammenstöße

Generalstreik in Insterburg

Wie W. T. B. meldet, hielt in Insterburg am Sonntag der Heimatverein eine Tannenbergfeier ab, währen gleichzeitig **die sozialistischen Parteien eine Kundgebung gegen Brotwucher und Kriegshetzer** veranstalteten. Von dieser Versammlung kommende Arbeiterzüge versuchten den Tannenbergzug zu durchbrechen, woran sie durch Schutzpolizei gehindert wurden. Später ereigneten sich jedoch Zusammenstöße zwischen sozialistischen Demonstranten und Schutzpolizei, wobei es auf beiden Seiten eine Anzahl von Verletzten gab. **Die Gewerkschaften verkündeten infolge der Vorgänge den allgemeinen Ausstand.**

Aufhebung militärischer Verordnungen in Ostpreußen

Königsberg, 29. August.

Durch Verordnung des Militärbefehlshabers des Wehrkreises I, vom 29. August, werden die Verordnungen des Militärbefehlshabers vom 29. März 1921 betreffend das Verbot von kommunistischen Versammlungen und das Verbot der Zeitung „Die Rote Fahne des Ostens" außer Kraft gesetzt.

Stimmungsbilder aus Kahr-Bayern

Drahtmeldung unseres Korrespondenten.

München, 29. August.

Die „Münchener Post", das Organ der Rechtssozialisten, warnt die bayrische Regierungskoalition, weiteren monarchistischen und militärischen Machenschaften Vorschub zu leisten, und **weist auf die drohende Abrechnung hin, die eine gründliche sein werde.**

Das Bureau des Republikanischen Reichsbundes, dessen Sekretär Schmalik noch in Haft ist, **wurde ohne Angabe von Gründen polizeilich geschlossen.**

Der Vorsitzende der Münchener Betriebsräte, der Genosse Freiberger, ist am Montag auf die Aufforderung der Gewerkschaftsleitung **aus der Haft entlassen worden.**

Die verkappte Einwohnerwehr

Wie sich herausgestellt, hatte die Regierung Kahr aus Furcht vor der Massendemonstration der Münchener Arbeiterschaft nicht allein die gesamte Reichswehr um München herum in Bereitschaft gestellt, **sondern auch die angeblich aufgelösten ländlichen Freikorps, wie die berüchtigte Chiemgauer Landfahne des Herrn Kanzler nach München zusammengezogen.** Unter den Polizeiorganen befanden sich Zivilisten mit weißen Binden, die vernehmlich auf die Menge einschlugen. Wie nunmehr festgestellt wurde, sind die weißen Binden in einer Anzahl von über 10 000 bei Heimarbeiterinnen für die verkappte Einwohnerwehr hergestellt worden.

Oberschlesien vor dem Völkerbundsrat

Die erste außerordentliche Sitzung

EE. Genf, 29. August.

Der Völkerbundsrat tritt heute nachmittag 4½ Uhr unter dem Vorsitz des Grafen Ishii zu seiner ersten Sitzung in außerordentlicher Session zusammen. Der Rat schlug zunächst nach Anhören des Berichtes des Grafen Ishii vor, den Präsidenten zu ermächtigen, dem Vorsitzenden des Obersten Rates mitzuteilen, **daß der Völkerbundsrat die Aufgabe, die ihm der Oberste Rat zugewiesen habe, annehme und durchaus mit dem Schreiben des Grafen Ishii vom 19. August einverstanden sei, in dem dieser die Hoffnung ausgesprochen hatte, daß der Völkerbundsrat diese Aufgabe annehme.** Nach einem kurzen Meinungsaustausch beschloß der Rat sodann, die nächste Sitzung der außerordentlichen Tagung auf Donnerstag nachmittag anzusetzen, um den Mitgliedern Gelegenheit zu geben, das umfangreiche Dossier, das Graf Ishii vorgelegt hat, zu studieren. Inzwischen wird morgen, Dienstag, die ordentliche Session unter dem Vorsitz Wellington Koos eröffnet werden.

Der Bericht des Grafen Ishii

EE. Genf, 29. August.

Der Bericht des Grafen Ishii führt im wesentlichen folgendes aus: „In meiner Antwort an den Obersten Rat vom 19. August habe ich bereits die bestimmte Hoffnung ausgesprochen, daß der Völkerbundsrat die Aufgabe übernehmen wird, und es ist demnach mein Erstes, diese Frage an den Völkerbundsrat zu stellen. Für den Fall der Annahme habe ich dem Rat Bemerkungen zu unterbreiten **über die Art der Schwierigkeiten,** auf die der Präsident des Obersten Rates in seinem Schreiben anspielte. Das Recht des Völkerbundsrats, diese erbetene Empfehlung zu geben, ist zwar in Artikel 11 Absatz 2 der Völkerbundsakte nicht ausdrücklich ausgesprochen, ergibt sich aber, wenn ich so sagen darf, aus dem ganzen Sinn dieser Akte. Weiter aber habe ich vom Präsidenten des Obersten Rates eine Note vom 24. August erhalten über die Schwierigkeiten der Entwicklung dieser Frage, welche mit der Erklärung schließt, **„daß sich alle in der Sitzung des Obersten Rates vertretenen Regierungen feierlich verpflichtet haben, die Lösung anzunehmen, die vom Völkerbundsrate empfohlen werden wird".** Weiterhin hebt Graf Ishii unter Berufung auf Artikel 87 und 88 des Versailler Vertrages sowie die betr. Bestimmungen des Anhanges hervor, **es könne kein Zweifel vorliegen, daß der Friedensvertrag an die ungeteilte Zuerkennung Oberschlesiens an Deutschland oder Polen nicht gedacht habe.** Es sei von vornherein die eventuelle Führung der Grenzlinie durch Oberschlesien in Aussicht genommen worden. Verwickelt sei das Problem nur durch das Nichtübereinstimmen der Abstimmungsergebnisse mit den wirtschaftlichen und geographischen Rücksichten geworden, die der Versailler Vertrag in Betracht zu ziehen vorschreibt.

„Der Völkerbund muß sich vor allem hüten," führte Graf Ishii weiter aus, „seine Aufmerksamkeit auf einen oder einige bestimmte Teile Oberschlesiens zu konzentrieren, da die oberschlesische Frage **in ihrer Gesamtheit** vor ihn gestellt worden sei. Die Notwendigkeit, den wirtschaftlichen Erwägungen Rechnung zu tragen, läßt die Verschiedenartigkeit der schwer miteinander zu versöhnenden Auffassungen über die Möglichkeit einer Teilung Oberschlesiens durchaus erklärlich erscheinen. Jetzt habe der Völkerbundsrat, wenn er die Aufgabe annehme, sich zunächst über die Art seines Vorgehens zu entscheiden, um mitzuhelfen an der befriedigenden Lösung einer komplizierten Frage, deren Verhandlung nicht länger aufgeschoben werden könne ohne schwere Nachteile für den allgemeinen Frieden."

Ausschneiden!

Drucksache

An die

Hauptexpedition der „Freiheit"

Berlin C 2

Breite Straße 8-9

Kleide Dich billig, elegant!

Jackett-Anzüge, Cutaways, Ulster teils auf Seide, **jetzt 350—500 Mk.** Gummimäntel **300 Mk.** Ferner **Damen-Kostüme, -Mäntel enorm billig! Pelzwaren 50 pCt. billiger:** Kreuzfüchse, Zobel-, Blau-, Weiß-, Silberfüchse, Wölfe, Luchse. Keine Lombardware.

im Leihhaus Moritzplatz 58a

Theater und Vergnügungen

Volksbühne
Kammerdirektion
7¼ Uhr: **Der Opernball**

Direktion: **Max Reinhardt.**
Deutsches Theater
7¼: **Polasch u. Perlmutter**

Kammerspiele
8 Uhr: **Masoliane**

Großes Schauspielhaus
Karlstraße
8 Uhr: **Die Weber**

Wallner-Theater
Täglich 7¼ Uhr:
Nixchen

Theater i. d. Königgrätzer Str.:
7.30 Uhr: **Notruf**
Mittwoch: **Notruf**
Donnerstag: **Satans Maske**
Mit dem Feuer spielen
(Orska, Riemann, Bildt)

Berliner Theater:
Täglich 7.30 Uhr:
DAS Milliarden SOUPER

Komödienhaus:
Allabendlich 7.30 Uhr: **Der blonde Engel**

7½ Uhr **Residenz-Theater**
Paul Wegener, Irene Triesch
in **Totentanz**

Trianon-Theater
8 Uhr: Ida Wüst in
Die große Leidenschaft

Kleines Theater
8 Uhr: Hanst Arnstädt in
Der Dieb (Le voleur)

Komische Oper
Gastspiel: Alfred Päntner
7½ Uhr **Der fidele Bauer**

Theater am Nollendorfplatz
8 Uhr:
Der Vetter aus Dingsda

Rose-Theater
8 Uhr:
Jugend

Walhalla-Theater
7½ Uhr:
Die Scheidungsreise

7½ **Casino-Theater** 7½
Exzellenz Maxe
Sonntag 3½: **Mittelarrest**

7½ Apollotheater 7½
Friedrichstraße 218
Internat. August-Programm
Opium-Träume
Eine Haremsgeschichte mit 24 Damen
Sowie 10 Sensationen

Berliner Prater
Kastanien-Allee 7-9
Internationale Ringkampf-Konkurrenz
Varieté

Theat. a. Kottb. Tor
Tel. Moritzplatz 14077
Täglich 7½ Uhr:
Elite-Sänger
— 10 Herren! —
Vorverk. 11—1½, n. 4—6

METROPOL
Behrenstraße 54.
7½ Uhr:
Das sensationelle Saison-Eröffnungs-Programm.

LUNA-PARK
Heute Volkstag
Eintritt 2.— / Kinder 1.—
Groß-Konzert
Höhen- u. Wasser-Feuerwerk
John Hagenbeck's Raubtier- und Sudanesenschau

Kapitäns Kautabak einmal geprobt — immer gekaut. Feinster Geschmack; stets frisch. Zu kaufen i. den Zigarrengeschäften usw. Neue Verkaufsstellen richtet ein: Generalvertrieb C. Rücker, Berlin, Lichtenberger Str. 22 (Kgst. 4661)

Wo gibts die billigsten Seifen
bei Seifenschneider, Pücklerstrasse 44.

Bekanntmachung

betreffend die Wahlen zum Vorstande der Allgemeinen Ortskrankenkasse für Berlin-Tempelhof.

Gemäß § 23 der Wahlordnung laden wir hiermit die Vertreter des Ausschusses zur Vornahme der Wahl der Vorstandsmitglieder. Es sind zu wählen von seiten der **Arbeitgeber:**
3 Vorstandsmitglieder und 6 Ersatzmänner,
von seiten der **Arbeitnehmer:**
4 Vorstandsmitglieder und 12 Ersatzmänner.

Die Wahl erfolgt für die **Arbeitgeber** am Mittwoch, den 12. Oktober 1921, von nachmittags 1 Uhr bis abends 7 Uhr, im Sitzungszimmer der Allg. Ortskrankenkasse für Berlin-Tempelhof, Theodorstraße 5a;

für die Arbeitnehmer am Donnerstag, den 13. Oktober 1921, von vormittags 10 Uhr bis abends 7 Uhr im Sitzungszimmer der Allgem. Ortskrankenkasse für Berlin-Tempelhof, Theodorstraße 5a.

Die Wahl ist **geheim.** Gewählt wird nach den Grundsätzen der Verhältniswahl nach näherer Bestimmung der Wahlordnung. Die Wahlperiode läuft vom 1. Januar 1922 bis 31. Dezember 1925.

Die Vertreter im Ausschuß werden hiermit aufgefordert, Wahlvorschläge — gesondert für die Arbeitgeber und Arbeitnehmer — aufzustellen und dem unterzeichneten Vorstand **spätestens bis zum 13. September 1921** einzureichen. Später eingehende Wahlvorschläge sind ungültig. Für die Wahlvorschläge gilt § 7 der Wahlordnung entsprechend, jedoch genügt für die Wahlvorschläge die Unterschrift von 3 Wahlberechtigten; von diesen ist dem Vorstand ein Wahlvorschlagsvertreter sowie ein Stellvertreter desselben zu bezeichnen. Die einzelnen Bewerber sind unter fortlaufender Nummer aufzuführen, welche die Reihe ihrer Benennung ausdrückt, und nach Familien- und Vornamen, Beruf und Wohnort zu bezeichnen. Bei Kassenmitgliedern ist auch der Arbeitgeber, bei dem sie beschäftigt sind, anzugeben. Ferner ist mit den Wahlvorschlägen für Kassenmitglieder von jedem Bewerber eine Erklärung darüber vorzulegen, daß er zur Annahme der Wahl bereit ist. Bei den Wahlvorschlägen für Arbeitgeber ist eine solche Erklärung nur erforderlich, soweit ein vorgeschlagener Bewerber nach § 17 der Reichsversicherungsordnung zur Ablehnung der Wahl befugt ist.

Die Stimmenabgabe ist **an diese Wahlvorschläge gebunden.** Die Wahlvorschläge werden von dem unterzeichneten Vorstand nach der Reihenfolge ihres Eingangs mit Ordnungsnummern versehen, welche mittels öffentlicher Bekanntmachung mitgeteilt werden.

Sind auf gültigen Wahlvorschlägen im ganzen nur soviel wählbare Bewerber benannt, wie Vorstandsmitglieder zu wählen sind, so gelten sie gemäß §§ 9 und 25 der Wahlordnung als gewählt.

Die zugelassenen Wahlvorschläge können von den Wählern im Kassenlokal von 8 bis 1 Uhr eingesehen werden.

Berlin-Tempelhof, den 27. August 1921.

**Der Vorstand
der Allgemeinen Ortskrankenkasse für Berlin-Tempelhof**

Paul Köllmer, 1. Vorsitzender — Carl Schmülling, Schriftführer

Glückwunsch-Karten zur Jugendweihe in reichster Auswahl
Buchhandlung „Freiheit“
Breite Str. 8/9
und in den „Freiheit“-Speditionen erhältlich.

Allgemeine Ortskrankenkasse für Berlin-Mariendorf und Umgegend.

Auf Grund des § 14 der Wahlordnung wurde vom Vorstand das Ergebnis der am 25. August 1921 stattgefundenen Wahl der Versichertenvertreter zum Vorstand wie folgt festgestellt: Insgesamt sind abgegeben 7 Stimmen, die sämtlich als gültig anerkannt wurden. Davon haben erhalten: Wahlvorschlag Nr. I 1 Stimme, Wahlvorschlag Nr. II 6 Stimmen. Es sind demnach gewählt vom Wahlvorschlag Nr. I 4 Vertreter und zwar Nr. 1—4 und 12 Ersatzmänner, Nr. 5—16, vom Wahlvorschlag Nr. II die beiden vorgeschlagenen Vertreter. Die Gültigkeit der Wahl kann innerhalb 2 Wochen nach der Bekanntmachung des Wahlergebnisses beim Vorstand oder Versicherungsamt der Stadt Berlin angefochten werden.

Von den wahlberechtigten Arbeitgebern ist nur ein gültiger Wahlvorschlag eingegangen, enthaltend 3 Vertreter und 6 Ersatzmänner, eingereicht durch Herrn Willi Stolle, Berlin-Mariendorf, Chausseestr. 288, beginnend mit Willi Stolle, Abteilungsvorsteher, Berlin-Mariendorf, Chausseestraße 288. Sämtliche Vertreter und Ersatzmänner dieser Liste gelten gemäß § 9 der Wahlordnung als gewählt.

Berl.-Mariendorf, 29. 8. 1921

Der Vorstand
Aug. Leip, Vorsitzender
Baechler, Schriftführer

Lehrstelle
für jungen Mann mit guter Schulbildung bietet
Sozialistischer Verlag
Selbstgeschr. Angebote unt. „P. 89“ an d. Exp. d. Blattes

Trauringe
zu Engrospreisen direkt ab Fabrik.

1 Dukaten-Trauring,	900 gestempelt	75 M.,	
1 Trauring	585	„	65 „
1 Trauring	333	„	30 „

Wir fabrizieren nur **massive** Trauringe ohne Lötfuge.

Trauringfabrik H. Schneider & Sohn,
Brunnenstraße 41.
Kontor und Verkaufsräume vorn 1 Treppe.

Ausschneiden!

Außerhalb Groß-Berlins Wohnende bitte beim Postamt bestellen!

Der Unterzeichnete bestellt hiermit vom

1 Exemplar der **zweimal** täglich erscheinenden Zeitung

„Freiheit“

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands
mit der wöchentlich einmal erscheinenden
illustrierten Unterhaltungsbeilage „Freie Welt“
zum Preise von Mk. 10.— monatl., Mk. 5.— halbmonatl.
bei freier Zustellung ins Haus

Name:

Ort: Straße: Nr.
(Namen deutlich schreiben, Straße genau ausfüllen: vorn, Hof, Seitenfl., Quergeb.)

Diesen Bestellschein bitten wir in einer unserer Expeditionen abzugeben oder an die Hauptexpedition, Berlin C 2, Breite Str. 8-9, einzusenden.

ANZÜGE
aus besten Stoffen
in solider Ausführung
trotz anziehender Tendenz
noch zu alten Preisen
auf bequeme
Teilzahlung
Grebler
Weinbergsweg 4

Gold- Silber- Platin- Bruch
kauft
Silberzentrale
Gotzkowskystr. 13.

Kupfer
Messing, Zinn, Quecksilber
Platin-, Gold-, Silberbruch
Händlern Extrapreise!
Brunnenstr. 11
Beusselstraße 29
Fennstraße 48

In der Morgenstunde

Damenhemden	aus feinem und sehr elastischem Trikotgewebe, sehr lang u. mit Aermeln M. 17	13.00		
Damenhemden	aus weiss. Hemdentuch in gut. Friedensqual. M.	24.00		
Damen-Reformhosen	blau, in schwerer Qualität, f. Herbst und Winter M.	35.00		
Damen-Handschuhe	Zwirn, in modernen Farben . . M.	3.50		
Damenstrümpfe	in schwarzem u. braun. sehr gutem Baumwollgewebe, mit verstärkt. Spitze u. Ferse M.	6.50		
Damenstrümpfe	in schwarz und braun . . . . M.	7.50		
Kinder-Sweater	Mako, in modernsten Farben . . . . . von M.	8.00 an		
Erstlingshemden	aus Nessel . . . . M.	1.20		
Renforcé	70 cm breit, sehr gute Qualität das Meter . . . . M.	7.20		
Hemdentuch	80 cm breit, gute, kräftige Qualität, Meter . . . . . M.	9.50		
Lakenbarchent	140 cm breit, das Meter M.	22.50		
Fancy	graues haltbares Futterstoffgewebe, 70 cm breit . . . . M.	9.50		
Vigogne-Jacken	für Herren und Damen, sehr gute Qualität M.	21.00		
Herrenhemden	grau Trikot . . . . . M.	9.00		
Mako-Jacken	für Herren, sehr gute Qualität . . . . M.	21.00		
Herren-Oberhemden	aus gutem Zephyr mit Klapp-Manschetten und passendem Kragen M.	65.00		
Herrenhemden	Vigogne, in sehr gut. Qual. in allen Grössen . . . M.	24.00		
Herren-Hemden	Vigogne, mit Doppelbrust, sehr gute Qual., in allen Grössen M.	27.50		
Herrenunterhosen	graues Trikotgew., in allen Grössen M.	4.00		
Herrenunterhosen	gutes, schwarzes Trikot-Gewebe . M.	8.00		
Herren-Unterhosen	weiss Nessel, vorzügliche Ware . M.	13.50		
Filz- u. Stepphüte	moderne Farben und Fassons . . . . . M.	27.00		
Hosenträger	gutes Gummiband, mit Lederpatten . . . . M.	6.50		
Herrenstrickbinder	in modernsten Mustern, Kunstseide, M.	7.20		
Herrensportkragen	Gr. 35—39 M. 2.50	1.50		
Herrensocken	gute Qualität . . . . . M.	3.75		
Herrenhandschuhe	für den Winter, sehr gute Ware . . . M.	6.90		
Feldgraue Militärhosen	. . . M. 108	95.00		
Jüngl.-Sweat.	in grau, in vorzüglicher Beschaffenheit . . von M.	7.00 an		
Marine-Sweater	für Jünglinge, kl. Gr. . . . . von M.	17.00 an		
Jünglings-Anzüge	bestehend a. Joppe u. Hose M. 40 38 36	34.00		
Herren-Anzüge	dreiteilig, ganz feste Ware, M. 175, 150,	135.00		
Herren-Ulster	in schwerer, haltbarer Qualität . . . . M. 78,	58.00		
Herren-Westen	blauer, haltbarer Stoff, mit Zanellärmeln . M	20.00		
Anzug-, Ulster-, Hosenstoffe	140 cm breit, sehr haltbare Ware von M	20.00 an		
Drellanzüge	schwere reinl. Ware, grün u. grau, gut verarbeitet 120.00	98.00		
Segeltuch-Pelerinen	imprägniert, graue wetterfeste Ware, je nach Länge M. 90, 85,	80.00		
Gummi-Mäntel	für Herren u. Damen	265.00		

Vereinzelter Verkauf von Barchenthosen à M. 6.50
Mittwoch, d. 31. August u. Donnerstag, d. 1. September

BAER SOHN
Berlin nur Chausseestrasse 29/30

Anm. Unsere Angebote sind stets freibleibend.
Aufträge von außerhalb werden in der Reihenfolge des Einganges ausgeführt.

Sämtliche Metalle
kauft höchstzahlend
Strausberger Str. 24, 1. Arl.

Von der Reise zurück
Dr. Wilhelm Klein
Seestraße 30.

Deutscher Tabakarbeiter-Verband
(Zahlstelle Berlin)

Am Donnerstag, den 1. September 1921, abends 6 Uhr, findet in den „Sophiensälen“, Sophienstraße 17/18, eine

Mitgliederversammlung

statt.

Tagesordnung:
1. Abrechnung vom 2. Quartal 1921.
2. Bericht über die Lohnbewegung in der Zigarettenindustrie.
3. Verbandsangelegenheiten.

Die Ortsverwaltung.

Verband der Gemeinde- u. Staatsarbeiter
Filiale Groß-Berlin — Sektion: Staatsbetriebe

Die für **Mittwoch, den 31. d. Mts.,** einberufene **Funktionärversammlung** der Staatsarbeiter fällt in Anbetracht der an diesem Tage stattfindenden

politischen Demonstration

aus und findet am gleichen Ort, **Freitag, den 2. September, abends 6 Uhr,** statt.

Die Sektionsleitung.

Verband d. Maler, Lackierer, Anstreicher usw.
Filiale Berlin

Mittwoch, den 31. August 1921, abends 8 Uhr in den **Musiker-Sälen,** Kaiser-Wilhelm-Straße 31

Mitglieder-Versammlung

Tagesordnung:
Bericht von den Lohnverhandlungen

Der Wichtigkeit der Tagesordnung wegen wird vollzähliges und pünktliches Erscheinen erwartet. Zu Anbetracht der sehr wichtigen Demonstration findet die Versammlung erst um **8 Uhr** statt.

Mitgliedsbuch legitimiert

Die Ortsverwaltung.

Botenfrauen sofort gesucht!

Spedition Werner
Greifswalder Straße 29
Tour: Pasteurstraße.

Spedition Wutzki
Choriner Straße 68

„Freiheit“-Ausgabestelle
Charlbg., Wallstraße 90,
Seitenflügel part.

Spedition Lachmann
Stargarder Straße 13

Am 25. August entschlief nach langer, schwerer Krankheit unser lieber Kollege, der Gewerkschaftsangestellte

Ludwig Zeise

In langjährigem Zusammenwirken durften wir uns seines Pflichteifers und seiner besten persönlichen Charaktereigenschaften als Kollegen und Mitarbeiter erfreuen, bis ihm vor einigen Monaten Krankheit zur Unterbrechung und schließlich Aufgabe seiner Tätigkeit zwang.

Der Verstorbene, in dem wir einen treuen Kollegen, einen vorbildlichen proletarischen Kämpfer verlieren, hat sich stets mit größtem Fleiß und Interesse der gewerkschaftlichen und politischen Arbeit gewidmet.

Er war ein vorbildlicher Kämpfer. Wir werden das Gedächtnis seines Namens stets in Ehren halten.

Berlin SO 16, den 29. Aug. 1921.
Gewerkschaftshaus

**Die Angestellten
des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes, Bezirks-Verw. Groß-Berlin**

**Die Bezirksverwaltung
des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes**

Die Einäscherung findet am Mittwoch, nachm. 5 Uhr, im Kremator. Gerichtstr. statt

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin N. 54, Linienstr. 83-85
Geschäftszeit von vorm. 9 Uhr bis nachm. 4 Uhr.
Telephon: Amt Norden 185, 1230, 1987, 8714.

Donnerstag, den 1. September 1921, abends 7 Uhr

Branchen-Versammlung

aller Schmiede, Hammer-, Presse- und Kranführer, sowie der Karosseriehandwerker, die im Deutschen Metallarbeiter-Verband organisiert sind,

in **Boekers Festsälen,** Weberstr. 17.

Tagesordnung:
1. Vortrag des Genossen Mink über: **„Sowjetrußland und das russische Proletariat“.**
2. Tarifvertragsanträge in den Innungsschmieden.
3. Branchenangelegenheiten und Verschiedenes.

Die Ortsverwaltung.

Vormann für Heringslager

Wir suchen zum 1. Oktober erfahrenen, zuverlässigen Vormann für unsern Lagerbetrieb im südl. Westhafen. Schriftliche Meldungen mit kurzer Angabe bisheriger Tätigkeit.

Nur Fachleute

Bolma Heringshandels-Gesellschaft m. b. H.
Berlin W 8, Mohrenstraße 44

Groß-Berlin

Der Berliner Zensor als Kläger

Ein Beleidigungsprozeß, den der bekannte Professor Brunner vom Berliner Polizeipräsidium gegen die Schriftsteller Adolf Brandt und Felix Wolff angestrengt hatte, beschäftigte die Ferienstrafkammer des Landgerichts I.

Dieser Prozeß hat eine interessante Vorgeschichte. Der Angeklagte Brandt hatte vor längerer Zeit eine Photogrammsammlung „Deutsche Rasse“ herausgebracht, welche von der Polizei als unzüchtig beschlagnahmt worden war. In der Verhandlung am 20. November 1916 beantragte jedoch der Staatsanwalt selbst die Freisprechung des Angeklagten und die Freigabe der beschlagnahmten Platten mit dem Hinzufügen, daß „die ganze Aktstudiensache für die Staatsanwaltschaft nun ein für allemal erledigt sei“.

Im November 1920 wurde nun dieses Werk, wie der Angeklagte behauptet, auf Veranlassung des Professors Brunner von neuem beschlagnahmt. Brandt erstattete daraufhin gegen Professor Brunner Strafanzeige wegen wissentlich falscher Anschuldigung. Im Anschluß hieran veröffentlichte der Angeklagte Wolff einen Artikel, in welchem er u. a. erklärte, daß Professor Brunner Willkür übe und sich in seinem an Wahnwitz grenzenden blinden Eifer sogar über ein rechtskräftiges Urteil hinwegsetze. Der Strafantrag Brandts sei berechtigt, denn es sei strafbar, einen rechtskräftig Freigesprochenen wegen desselben Vergehens, wegen dessen er freigesprochen ist, nochmals anzuzeigen, wenn der Anzeigende von dem Freispruch Kenntnis hat.

Wegen dieses Artikels erstattete Professor Brunner Strafanzeige, und während sonst ein solches Strafverfahren viele Monate auf sich warten läßt, wurde dieses Verfahren sehr beschleunigt, so daß sogar die Ferienstrafkammer, die sich sonst nur mit Haft- oder sonstigen Eilsachen zu befassen pflegt, sich mit dieser Sache beschäftigen mußte. Ferner wurde darauf hingewiesen, daß es auffällig sei, daß diese Sache überhaupt vor der Strafkammer verhandelt werde und nicht wie sonst üblich, vor dem Schöffengericht, welches nach der erweiterten Zuständigkeit der Schöffengerichte sogar bei mit Zuchthaus bedrohten Verbrechen zuständig sei. Hierdurch werde den Angeklagten eine Instanz genommen. Wie eilig es mit der Verhandlung dieser Sache zu sein schien, ging ferner daraus hervor, daß der Angeklagte Brandt gestern nicht erschienen war, weil ihm nicht einmal die Einlassungsfrist gewährt worden war, d. h. die Frist von acht Tagen, um sich auf die Anklage zu erklären.

Die Rechtsanwälte Bahn und Dr. Frey beantragten deshalb die Vertagung und stellten gleichzeitig umfangreiche Beweisanträge in Aussicht. Der Angeklagte Brandt allein nehme Bezug auf 30 Zeugen zum Beweise der Richtigkeit seiner Behauptungen, während der Angeklagte Wolff durch künstlerische und literarische Sachverständige, sowie durch das Zeugnis des Oberregierungsrats Hoppe beweisen wolle, daß die kunstfeindlichen Bestrebungen und das Wiederaufleben der „vorrevolutionären Sittlichkeitsschnüffelei“ auf den Nebenkläger Professor Brunner zurückzuführen sei.

Professor Brunner verwahrte sich gegen eine Vertagung. Demgegenüber erklärte der Angeklagte Wolff, daß er es ablehne, inzwischen über diese Sache etwas zu schreiben.

Das Gericht kam aus dem von der Verteidigung vorgebrachten formalen Grunde und in Hinsicht auf die in Aussicht gestellten Beweisanträge zu einer Vertagung der Sache auf den 27. Oktober.

Der Kampf um die Schuldezernenten

Montag gab der Anstellungsausschuß der Stadtverordnetenversammlung mit der sozialistischen Mehrheit seine Zustimmung zu der im Magistrat bereits erfolgten Wahl der drei Dezernenten: für das Volksschulwesen Kreisschulrat Nydahl, für das höhere Schulwesen Kreisschulrat Dr. Helmcke und für das Berufsschulwesen Stadträtin Dr. Anna Siemsen.

Die letztere ist natürlich den Bürgerlichen und vor allem den Demokraten ein Dorn im Auge, weil sie Mitglied der U. S. P. D. ist und den demokratischen Gegenkandidaten aus dem Felde geschlagen hat. Wie schon in dem Kampfe um den Oberstadtschulrat, so ist auch hier das „Berliner Tageblatt“ die streitbarste Zeitung, die durch Verbreitung falscher Angaben die nötige Hetzstimmung hervorzurufen sucht. Es ist das alte Rezept, und nicht einmal eine Spur von Originalität verdeckt die Leichtfertigkeit, mit der die Angaben gemacht werden. Genau wie damals beim Genossen Löwenstein schreibt das „Berliner Tageblatt“ auch in der Morgennummer vom Freitag, daß Anna Siemsen keine anderen Qualifikationen besäße, als daß sie Mitglied der U. S. P. wäre. Dabei weiß das „Berliner Tageblatt“, und es ist längst durch alle Oeffentlichkeit gegangen, daß unsere Genossin in Düsseldorf bereits das Dezernat für Berufsschulwesen hervorragend verwaltete. Außerdem hat die Genossin Siemsen eine zweimonatige Studienreise nach den wichtigsten Städten mit besonders modernem Berufsschulwesen unternommen. Sie wird in ihrer Tätigkeit als Lehrerin, Oberlehrerin und Referentin im Kultusministerium ebenso sehr geschätzt, als sie wegen ihrer sachkundigen, pädagogischen Aufsätze für eine hervorragende Sachverständige nicht nur in unseren Kreisen, sondern auch in bürgerlichen Kreisen anerkannt wird. Aber derartige Tatsachen beschweren nicht das Gewissen des Berleumders im „Berliner Tageblatt“.

Es soll wahrscheinlich wiederum die Staatsregierung zum Eingriff aufgefordert werden. Schon jetzt werden die üblichen Direktoren zur Eröffnung der Offensive herbeigezerrt. Natürlich, die Direktoren sind für die Nichteingeweihten die Neutralen. Der Eingeweihte allerdings weiß, daß gerade diese Direktoren unter der Führung des Demokraten Mertens die Günstlinge des durchgefallenen Gegenkandidaten, des Herrn Grundscheid, sind. Unter diesen Umständen ist die Gegnerschaft menschlich begreiflich. Herrschaften, die sich früher nie gemuckst haben, wenn sie irgendeinem Juristen unterstellt wurden, die verlangen mit einem Male einen Dezernenten, der aus ihren eigenen Reihen hervorgegangen ist.

Wir brauchen für die Leitung des Berufsschulwesens nicht jemand, der nur im herkömmlichen, unzulänglichen Trott marschiert, sondern wir brauchen eine Persönlichkeit, die die wirtschaftlichen Notwendigkeiten unserer Zeit kennt, die lebendig in sich die Bildungssehnsucht des Proletariats erlebt; wir brauchen eine wissenschaftlich-pädagogisch geschulte Kraft, die neben der Erfahrung und Sachkunde im einzelnen den Blick für die große Linie der Entwicklung besitzt; wir brauchen eine fest und sicher lenkende Hand in der Verwaltung. Eine solche Persönlichkeit ist natürlich selten, aber unsere Genossin Anna Siemsen ist eine solche Persönlichkeit. Das hat selbst der Ausschuß einstimmig anerkennen müssen, nachdem er Anna Siemsen in einem Referat vor einem Vierteljahre gehört hat.

Bezirksverband Berlin-Brandenburg

Heute, Dienstag abend 7½ Uhr, in sämtlichen Distrikten der Stadtgemeinde Berlin Funktionärkonferenzen. Ordner haben ebenfalls teilzunehmen.

Wichtige Tagesordnung.

Der Zentralvorstand.

Aufruf!

Die taubstummen Mitglieder der Berufsverbände, vor allem die taubstummen Genossen und Genossinnen der Taubstummen-Abteilung U. S. P. D. treten geschlossen bei Demonstrationen im Anschluß an die Demonstrationen des gesamten Proletariats auf. Treffpunkt ist jedesmal die Elisabethstraße, Ecke Kurze Straße, falls die „Wochenschrift“ nicht in der Lage ist, für Extraveröffentlichung zu sorgen. Alle freigewerkschaftlich und politisch organisierten Genossen und Genossinnen, die Funktionäre, Vertrauensmänner usw. werden erneut gebeten, die Taubstummen darauf aufmerksam zu machen und mitzuhelfen an der geistigen Aufklärung im freigewerkschaftlich-proletarischen, im Sinne der U. S. P. D. Taubstumme Groß-Berlins, beteiligt Euch in Massen an den Demonstrationen des gesamten Proletariats! Versammelt Euch bei jedem Aufrufe des Zentralkomitees eine Stunde vorher. Elisabethstraße, Ecke Kurze Straße. Die Ordner, Bezirksvorstands- usw. -Mitglieder haben unter allen Umständen zu erscheinen.

Der Abteilungs- und Bezirksbundesleiter.
J. A.: Fritz Golnick, NO 18, Weberstr. 58, 4 Tr.

1 Million Kinder
vom Religionsunterricht befreit, heißt:

Tod der Schulreaktion!

Rote Schulwoche in Neukölln

Wieder ein Frauenmord

Montag vormittag ist an der nördlichen Weichbildgrenze des alten Berlins auf Pankower Gebiet ein neuer Frauenmord verübt und bald nach Mittag entdeckt worden. Sein Opfer ist eine 55 Jahre alte ledige Verkäuferin Emma Neumann, die seit 18 Jahren in dem Hause Schonenschestr. 42 bei einer Familie Hoffmann im zweiten Stock wohnte und bei einer ihrer Schwestern in der Augsburger Straße 20 in deren Bäckerei tätig war. Das betagte Fräulein war Jahre hindurch mit Frau Hoffmann, der Ehefrau eines Bauschlossers, sehr eng befreundet. Seit dreiviertel Jahren hatte sich die Freundschaft in ein ebenso gespanntes Verhältnis gewandelt. Die Folge war, daß Fräulein Neumann, die ein kleines Zimmerchen am Hof neben der Küche bewohnte, heute, Dienstag, ausziehen sollte und auch wollte. Frau Hoffmann kehrte erst kurz nach 12 Uhr zurück. Sie wunderte sich, daß die Flurtür nicht, wie gewöhnlich, verschlossen, sondern nur eingeklinkt war. Denn auch die Abmieterin schloß stets, wenn sie wegging, die Tür ab. Dieser auffällige Umstand fand bald eine schreckliche Aufklärung. Als Frau Hoffmann eintrat, sah sie die Zimmertür von Fräulein Neumann offenstehen und diese selbst in der Nähe der Tür in ihrem Stübchen auf dem Rücken tot auf dem Fußboden liegen. Ein Knebel stak in ihrem Munde. Der Knebel erwies sich als ein langes Handtuch, das ihr tief in den Hals hineingestoßen worden war. Auf dem Tisch standen eine Handtasche und das Portemonnaie der Ermordeten, die beide geöffnet und leer waren. Das läßt auf einen Raubmord schließen.

Es ist möglich, daß der unbekannte Täter die Ahnungslose überfallen und umgebracht und erst die Leiche in das kleine Hinterzimmer geschafft und dort niedergelegt hat.

Ein geisteskranker Lustmörder

Am Heiligen Abend 1920 wurde, wie berichtet, unter einem Wagen an der Putlitzbrücke ein Korb, in welchen die zusammengeschnürte Leiche der fünfjährigen Ilse Heinemann gesteckt war, aufgefunden. Auf den Korb war ein Kreuz mit Blumen gelegt worden. Unter dem Verdacht, an dem Kinde ein Sittlichkeitsverbrechen begangen und es in lustmörderischer Absicht getötet zu haben, wurde der Klavierspieler Willy Birkholz in Haft genommen. Auf Antrag seines Verteidigers, Rechtsanwalts Dr. Walter Riemann, ist Birkholz sechs Wochen in der Irrenanstalt Dalldorf untersucht worden, da die Verteidigung Zweifel an der Zurechnungsfähigkeit des B. hegte. Diese Zweifel sind nun bestätigt worden. Das Gutachten der Fachärzte geht dahin, daß Birkholz die Tat im Zustande von Geistesgestörtheit begangen hat. Es ist daher jetzt vom Oberstaatsanwalt der Antrag auf Außerverfolgungssetzung gestellt worden, doch wird Vorsorge getroffen werden, um das Publikum vor ähnlichen Taten dieses Geistesgestörten zu schützen.

Ein versuchter Betrug gegen den Postfiskus, wobei es sich um einen Betrag von 23 000 Mark handelte, führte den Kaufmann Dr. phil. Walter Voigt vor die Ferienstrafkammer des Landgerichts I. Der Angeklagte, der seinerzeit Korpsstudent gewesen ist und die besten Aussichten für seine Zukunft hatte, hat es zu nichts gebracht; er stand jetzt unter der Anklage des versuchten Betruges und der Urkundenfälschung. Der Angeklagte suchte sich zunächst ein unbedrucktes Postscheckheft zu verschaffen. Als ihm dies nicht gelang, radierte er auf drei Schecks seinen Namen und Kontonummer als Bezogenen aus und fälschte sie dann mit eigens dazu von ihm besorgten Drucktypen. Als er die in dieser Weise hergestellten Schecks dem Postscheckamte zur Einlösung vorlegte, wurde der Schwindel sofort entdeckt und der Angeklagte festgenommen. Er behauptet, in einem Dämmerzustande die Straftat begangen zu haben und sich auf die näheren Umstände nicht zu besinnen. Der zugunsten des Angeklagten vom Rechtsanwalt Dr. Juliusberger I angerufene medizinische Sachverständige, Geh. Sanitätsrat Dr. Otto Heymann bekundete, daß der Angeklagte erblich schwer belastet und Epileptiker sei, bei dem berechtigte Zweifel sich ergeben, ob er bei Begehung der Tat volle Willensfreiheit gehabt oder sich in einem Dämmerzustand befunden habe. Rechtsanwalt Dr. Juliusberger beantragte auf Grund dieses Gutachtens die Freisprechung des Angeklagten, während der Staatsanwalt 1½ Jahre Gefängnis in Antrag brachte. Der Gerichtshof nahm im Gegensatz zu dem Gutachten einen Dämmerzustand nicht als vorliegend an, bewilligte aber dem Angeklagten, der ja als minderwertig anzusprechen sei, mildernde Umstände und verurteilte ihn zu 9 Monaten Gefängnis unter Bewilligung einer dreijährigen Bewährungsfrist.

Die 195. Brotkommission, Naglerstraße 3, wird am 2. September mit der 60. Brotkommission dortselbst vereinigt. Die vergrößerte 60. Brotkommission wird von Rektor Lehmann geführt und am 3. September eröffnet.

Felsenbrunner Hof

Von Anna Croissant-Rust

(18. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

An einem windigen Oktobertag, als sich der Briefbote mit Mühe und Not durch den Sturm gekämpft hatte, bekam der alte Hannes einen Brief. Das war seit Jahr und Tag nicht mehr vorgekommen und somit ein großes Ereignis. Außer einer alten Base, die er gar nicht kannte und die an der Haardt in einem kleinen Häuschen wohnte, wußte er von keinen Verwandten. Er erschrak, als er den Brief in der Hand hielt, der konnte nichts Gutes bringen!

Der Brief war von Peter.

Er schrieb dem Alten, daß er einen langen Brief an seine Schwestern geschrieben, und daß ihm niemand antwortete. Wenn er auch in der letzten Zeit nicht gut mit dem alten Hannes gewesen sei, so wisse der doch, daß er nicht auf einmal ein gemeiner Kerl geworden; soviel müsse er ihn kennen. Er habe Heimweh, er habe Angst vor der Fremde — er sprach es nicht aus, aber dem alten Hannes schien, als möchte Peter haben, daß er ein bißchen für ihn bitte. Und gleich schreiben solle er ihm, bevor das nächste Schiff gehe, er habe vor, bis dahin zu warten. Eine halbe Stunde gewiß las der Gräfe Hannes an dem Brief herum; dann rauchte er eine halbe Stunde und besann sich dabei. Hierauf bürstete er sich gründlich aus, zog einen anderen Rock an, ließ seine Hobelbank — den Kutscherposten hatte man ihm schon länger genommen, und er wurde für allerlei kleine Arbeiten verwendet — und stieg, seinen schweren Kopf schüttelnd, die Stiege zum Herrn hinauf.

Der Gang wurde ihm sauer, er wußte, der Herr wollte nicht gern gestört sein und erst recht nicht mit der Angelegenheit!

Heut war ihm schon einer zuvorgekommen, einer, dem Hannes am liebsten einen Fußtritt gegeben hätte, ein Makler, ein schmieriger Kerl, den er gut von Ruf und Namen kannte, aber bis jetzt niemals auf dem Felsenbrunner Hof gesehen hatte. Er gab ihm die Türe in die Hand. Der Herr war sehr schlechter Laune.

„Jetzt kommst du auch noch! Was willst du denn? Warum bist du nicht bei deiner Arbeit? Es schmeckt dir wohl nicht, daß du sägen und nageln und hobeln sollst? Kutscher sein ist feiner, he?“ So fuhr er ihn an.

„Der Peter hat an mich geschriwwe, drum hab' ich gedenkt —“ hub der Hannes bedächtig an.

„Wer? — Ich kenne keinen Peter. Merk dir das ein für allemal. Den gibt's nicht. Und nun geh und vertrödle deine Zeit nicht unnütz!“

„Was?“ polterte der Alte, „was redden Ehr?“ und begann in gerechtem Zorn zu schimpfen und ließ sich nicht irre machen und unterbrechen, obgleich er deutlich sah, daß der Herr am Ende seiner Geduld war.

Seine Augenbrauen schoben sich immer näher zusammen, eine dunkle Röte stieg vom Halse auf, immer weiter:

„Wenn du jetzt nicht augenblicklich aufhörst, kannst du von uns gehen, sofort! Ich kann keine Leute brauchen, die mir nicht unbedingt gehorchen! Und wenn du dreißig Jahre in meinen Diensten wärst, müßtest du gehen. Verstanden, alter Komplottmacher?“ Immer lauter wurde die erregte Stimme, immer schriller: „Geh doch zu deinem Peter! Geh übers Wasser!“

„Wo ist Peter?“ klagte im Nebenzimmer eine müde Stimme, „warum ist Peter auf dem Wasser?“ Das weiße Haar aufgelöst, mit unstäten Augen, sich am Türpfosten haltend, kam Peters Mutter zur Türe herein.

Gebieterisch winkte der Herr dem alten Knecht: „Hinaus!“

Schwerfällig drehte sich der Gräfe Hannes um, schnappte ein paarmal nach Luft, wie wenn er noch etwas sagen müsse, und ging dann ohne Gruß.

„Jetzt geht m'rs aa wie'm Peter seim Hund; jetzt schmeißt er mich aa naus, weil ich'n e bißl gebisse han',“ brummte er ingrimmig. „Nausgeschmiß' hot er mich, nausgeschmiß' bin ich; es is all, es is all!“

Währenddem rannte sein Herr, sich die Ohren mit beiden Händen zuhaltend, wie verrückt im Zimmer hin und her, immer an seiner Frau vorbei und schrie:

„Es ist nicht zum Aushalten! Ich kann nicht mehr, ich kann nicht mehr!“

•

Als die ersten Dezembertage mit Frost, klarem Sonnenschein und einem gemütlichen kleinen Feuer im Ofen, kamen, saß Heinrich aufrecht in den Kissen in seinem feinsten Nachthemd mit reichem Jabot, diskret parfümiert und sorgfältig gekämmt, die weißen Hände mit den glänzend polierten Nägeln wie zur Schau auf die Bettdecke gelegt, und erwartete Besuch.

Mila war bei Helene, und er hatte gebeten, daß sie später herüber käme, ihn zu sehen.

Er fühlte, daß er etwas fiebere; seine Wangen brannten, und zwei rote runde Flecken standen unter den Augen. Wie lange das dauerte, bis sie kamen! Er konnte das Warten fast nicht mehr ertragen und läutete endlich Tina herbei.

„Ist das gnädige Fräulein noch da?“

„Gewiß, ja; Fräulein Thomann is bei Fräulein Helene drüben.“

„Ich lasse dann die Damen bitten, zu kommen, ich werde sonst zu müde.“

Aufgeregt schoben sich seine Hände auf der Bettdecke hin und her, bis die beiden Mädchen wispernd eintraten; Mila blieb sehr verlegen an der Türe stehen und getraute sich nicht, Heinrich anzuschauen. Aber Helene rückte ihr einen Stuhl ans Bett: „So komm doch, setz dich hier neben ihn; er freut sich ja schon den ganzen Tag auf dich! Guck, was er für nette rote Backen hat, vor lauter Freude! Weißt du, Heinrich,“ setzte sie gleich wichtig bei, „Mila hat mich zum Jour geladen; Frau Thomann bittet mich zum Jour, denk nur! Schade, daß du nicht mit kannst!“

„Ja, wie schade, daß Sie nicht mitkönnen!“ wiederholte Mila.

Sie schien gänzlich hilflos und unsicher.

Gerade wie wenn dieser junge Mensch in dem spitzenbesetzten Nachthemd, der mit glänzenden Augen vor ihr im Bett saß, ein Fremder sei, tat sie; ein Mensch, der sie genierte, mit dem sie nichts zu tun haben wollte und nichts anzufangen wußte.

Als Helene einen Augenblick wegging, stand sie sofort auf und ging vom Bett weg, bis sie Heinrich heiser bat, doch näher zu kommen. Sobald sie wieder am Bett stand, packte er sie ganz überraschend an den Handgelenken und versuchte, sie zu sich niederzuziehen.

„Einen Kuß, Mila!“ sagte er gepreßt und ließ ihre Hände nicht aus den seinen.

Helene fand bei ihrer Wiederkehr zu ihrem Erstaunen Mila schluchzend und zitternd am Fenster, und Heinrich ermattet, mit bösen Falten auf der Stirne zurückgelegt im Bett.

„Ich will lieber gehen,“ stotterte Mila, „es regt ihn zu sehr auf.“

Mit niedergeschlagenen Augen gab sie ihm die Hand, die er nur nachlässig faßte.

(Fortsetzung folgt.)

Gewerkschaftliches

Unser der Sieg!

Am Sonntag, den 28. August, haben die Handlungsgehilfinnen und -Gehilfen Berlins durch ihre Abstimmung erkennen lassen, daß das Vertrauen der Mehrheit der Handlungsgehilfenschaft Berlins dem Zentralverband der Angestellten gehört. Von 44 458 Stimmen erhielten die beiden dem Afa-Bund angeschlossenen Verbände 23 226 Stimmen. Von diesen entfielen auf den Z. d. A. 21 834 Stimmen mit 123 Beisitzern und auf den Allgemeinen Verband der deutschen Bankangestellten 1392 Stimmen mit 8 Beisitzern. Die „Wertarbeitsliste" des deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes und seiner Anhängsel erhielt nur 11 606 Stimmen mit 65 Beisitzern, der katholisch-kaufmännische Verein 868 Stimmen mit 5 Beisitzern, der Gewerkschaftsbund der Angestellten 7554 Stimmen mit 42 Beisitzern, der Allgemeine Verband der Versicherungsangestellten 984 Stimmen 6 Beisitzer und der Reichsverband der Bankangestellten 220 Stimmen mit einem Beisitzer.

Der eigentliche Wahlkampf spielte sich ab zwischen dem Zentralverband der Angestellten und dem Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verband, zwei Organisationen, die verschiedenen Weltanschauungen huldigen. Während der D. H. V. auf deutschnationalem, antisemitischen Boden steht, Anhänger der gegenwärtigen Wirtschaftsordnung ist und die Rückkehr der vorrevolutionären Verfassungszustände erstrebt, steht der Zentralverband der Angestellten auf dem Boden der sozialistischen Weltanschauung und bekämpft demgemäß die kapitalistische Wirtschaftsordnung als mit den Interessen aller Arbeitnehmer unvereinbar.

Die Agitation des D. H. V. gegen den Zentralverband der Angestellten hat wüste Formen angenommen. Lügen, Verleumdungen und Verdrehungen haben indes nicht vermocht, die Angestellten irre zu machen, und so kann man von dem Wahlresultat als von einer vernichtenden Niederlage des Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbandes sprechen.

Unter dem Stichwort „Wertarbeit" zog der D. H. V. in den Wahlkampf, weil er nicht wagte, unter der reaktionären, antisemitischen Flagge des D. H. V. zu kämpfen. Er prägte als Konzession an den Standesdünkel für die Handlungsgehilfen das neue Wort „Kaufmannsgehilfen". Aber auch dies verfing ebenso wenig wie die blöde Behauptung, daß der Z. d. A. sich zur Hälfte aus Kommunisten zusammensetze und im übrigen Scheuerfrauen usw. organisiere.

Die „Kaufmannsgehilfen" Berlins haben durch ihre Abstimmung jedenfalls gezeigt, daß sie nicht hinter dem D. H. V., **sondern hinter dem Z. d. A.** stehen. Stellen wir das Abstimmungsergebnis der „Wertarbeits"-Liste demjenigen der Liste des Gewerkschaftsbundes der Angestellten gegenüber, so finden wir, daß der D. H. V. noch hinter dem G. D. A. rangiert. Bringen wir von dem Stimmenergebnis der „Wertarbeits"-Liste 2500, und das ist nicht zu hoch gerechnet, für die Mitglieder des Deutschen Bankbeamten-Vereins in Abzug und rechnen wir (sehr bescheiden) 2000 Stimmen aus Mitgliederkreisen des Verbandes der weiblichen Handels- und Büroangestellten ab, dann bleiben an D.-H.-V.-Stimmen nur noch 7100. Damit stellt sich die für den D. H. V. recht betrübliche Tatsache heraus, daß er in diesem Wahlkampf sogar von dem Gewerkschaftsbund der Angestellten geschlagen worden ist. An sich ist die Zahl von 7554 G.-d.-A.-Stimmen für Berlin immer noch zu hoch, obwohl sie nur ein Drittel der auf den Z. d. A. entfallenden Stimmen darstellt. Sie konnte nur zustande kommen, weil die von der Agitationsmethode des D. H. V. abgestoßenen, aber auf bürgerlichem Boden stehenden Handlungsgehilfen ihre Stimme dem G. d. A. gegeben haben.

Vernichtend ist das Ergebnis insbesondere für die gesamten Fachorganisationen. Weder die Bankangestellten noch die Versicherungsangestellten haben mit ihren Fachlisten irgendeinen nennenswerten Erfolg zu verzeichnen. Dies Ergebnis spricht für die gesunde Auffassung der Handlungsgehilfen, die in einer zentralen Zusammenfassung aller schaffenden Kräfte in der freien Gewerkschaft tatsächlich das geeignete Instrument des wirtschaftlichen Kampfes anerkennen.

Der Zentralverband der Angestellten kann daher den Wahlausgang als einen vollen Sieg der freigewerkschaftlichen Richtung in der Angestelltenschaft buchen. —

Dieser Sieg wird Veranlassung sein, noch mehr als bisher aufklärend in den Reihen der Handlungsgehilfen zu wirken, um auch diejenigen, die heute noch aus alter Anhänglichkeit oder aus einer gewissen Bequemlichkeit heraus sich den Notwendigkeiten der wirtschaftlichen Entwickelung verschließen, für die freigewerkschaftliche Bewegung zu gewinnen.

Darum heißt es für die Mitglieder des Zentralverbandes der Angestellten, auf ans Werk zu neuer Organisations- und Agitationstätigkeit.

Bewegung im Konditoreigewerbe

Die Scharfmacher im Konditoreigewerbe sind an der Arbeit und haben einen Vorstoß unternommen. Nicht nur, daß sie gemeinsam mit ihrer Schutztruppe, dem Gewerkverein der Bäcker und Konditoren (H. D.), welcher durch seine vom Rotkoller befallenen Führer immer mehr und mehr die Rolle der Gelben übernimmt, den paritätischen Arbeitsnachweis zu Falle bringen wollen, auch in der jetzigen Lohnbewegung glauben die Unternehmer auf ihre Hilfe rechnen zu können. Bei den Verhandlungen über eine Erhöhung der jetzigen Löhne waren die Arbeitgeber zu keinen Zugeständnissen bereit. Sie mußten anerkennen, daß die Löhne heute vollständig unzulänglich sind und daß dem schon eine ganze Reihe Firmen Rechnung getragen und die Löhne freiwillig aufgebessert haben. Doch den Scharfmachern, den Innungsgewaltigen, ging auch dieses minimale Zugeständnis zu weit. In einer recht stürmisch verlaufenen Versammlung der Arbeitgeber wurde auch dieses kleine Entgegenkommen abgelehnt. Man weiß nicht, ob man dieses engstirnige Verhalten Unternehmerfrechheit oder Borniertheit nennen soll. Denn wenn man der Lebenshaltung der meisten Konditoreibesitzer den Notstand ihrer Arbeiter entgegensetzt, so kann nichts aufreizender wirken als dies. Daß diese Herren in der Lage sind, ausreichende Löhne zu zahlen, werden am besten diejenigen, die eine Konditorei besuchen, an ihrem Geldbeutel feststellen können.

Der Zentralverband der Bäcker und Konditoren wird zu diesem provokatorischen Verhalten in einer am 2. September, abends 7½ Uhr, in den „Musikersälen", Kaiser-Wilhelm-Straße 31, stattfindenden Versammlung Stellung nehmen und weitere Beschlüsse fassen.

Der Zentralverband der Bäcker und Konditoren,
Engelufer 15.

Metallarbeiter-Delegierte!

Am Mittwoch, den 31. d. M., abends 6 Uhr, findet im Verbandshause, Linienstr. 83/85, Sitzungssaal, eine Sitzung der Delegierten zum Verbandstag statt. Sämtliche Delegierten sind zum Erscheinen verpflichtet. Die Ortsverwaltung.

Funktionäre des Metallarbeiterverbandes!

Bei der am Donnerstag und Freitag stattgefundenen Urabstimmung ist das Angebot der Unternehmer mit Zweidrittelmajorität abgelehnt worden. Es haben daraufhin erneute Verhandlungen stattgefunden; zu deren Ergebnis nehmen die in Frage kommenden Körperschaften Stellung. Deshalb finden am:

Dienstag, den 30. d. M., nachmittags 2 Uhr, eine Sitzung des Metallkartells, **um 5 Uhr** eine Sitzung der engeren Verwaltung, **abends 8 Uhr** eine außerordentliche Sitzung der mittleren Verwaltung und

am Mittwoch, den 31. d. M., abends 7 Uhr, im Kriegervereinshaus, Chausseestraße, eine Sitzung der erweiterten Verwaltung, einschließlich sämtlicher Funktionäre des Metallarbeiterverbandes, soweit sie im V. B. M. J. beschäftigt sind, statt.

Alle Funktionäre sind verpflichtet, unbedingt zu erscheinen.

Die Ortsverwaltung.

Lohnbewegung der Lederarbeiter Berlins. In der Extraversammlung vom 26. August nahmen die Kollegen der Loh- und Chrombranche den Bericht über den Stand der Lohnbewegung entgegen. Der Tarif wurde am 2. August gekündigt und läuft am 31. August ab. Es wurde von seiten der Tarifkommission mit der Ortsverwaltung für den neu abzuschließenden Tarif eine Forderung von 33 Prozent den Lederfabrikanten unterbreitet. Die Fabrikanten machten innerhalb der drei stattgefundenen Verhandlungen die minimalen Zugeständnisse, den Kollegen nur eine Lohnaufbesserung von 8 Prozent zu bewilligen. Am 23. August stellten die Fabrikanten die Einarbeitung der Rohleder ein, eine Maßregel, welche zur Betriebstillegung führt. Am 24. August waren sämtliche Betriebsräte versammelt und erklärten diese Maßnahme der Fabrikanten als einen Tarifbruch und als eine Provokation der Arbeiterschaft gegenüber. Später fand eine telephonische Verhandlung nochmals statt, in der die Fabrikanten ein Ultimatum stellten, welches für die Kollegenschaft unannehmbar war. Die Fabrikanten erklärten, wenn dieses Angebot nicht angenommen wird, sie auch die Einarbeitung der Rohleder nicht vornehmen. Die Kollegen nahmen am 25. August morgens, da nicht eingearbeitet wurde, die Arbeit nicht wieder auf und befinden sich somit im Streik. Die hiervon betroffenen Betriebe sind die Lederfabriken M. J. Salomon, Gebr. Steinlein, Schlaegel, Römer und Asch. Im Streik befinden sich 330 Kollegen. Von den Lederzurichtereien steht der Bescheid noch aus, welche Stellung sie zum Tarif einnehmen. Die Versammlung beschloß, den Schlichtungsausschuß anzurufen. Ferner wurde bekannt, daß die Meister einiger Betriebe Streikarbeit verrichten. Da dieselben im Werkmeister-Verband organisiert sind, wurden entsprechende Mittel in die Wege geleitet. Kollegen, übt Solidarität!

Lohnbewegung der Rollkutscher und Speditionsarbeiter. Am Donnerstag fand bei Boeker, Weberstraße 17, eine gutbesuchte Versammlung der Arbeitnehmer aus den Speditionsbetrieben statt, in der der Bericht über die Tarifverhandlungen gegeben wurde. Zuerst gab Wiese einen kurzen Bericht von der örtlichen Generalversammlung vom 2. Quartal. Dann erstattete Püschel Bericht über den Verlauf der Tarifverhandlungen. In eingehender Weise wurde jede Forderung des neuen Tarifentwurfs bekanntgegeben und auch gleichzeitig begründet. Die Lohnkommission hat ihre volle Pflicht erfüllt und versucht, die gestellten Forderungen zur Durchführung zu bringen. Die Kommission der Spediteure erklärte dagegen, daß sie bereits im Juni gewillt waren, den Abbau der Löhne vorzunehmen. Bezüglich der Lohnforderung erklärten sich die Spediteure bereit, den Lohn für Erwachsene von M. 302,50 auf M. 370,— pro Woche aufzubessern. Für jugendliche Mitfahrer unter 17 Jahren soll der Lohn M. 150,— pro Woche betragen. Für jugendliche Mitfahrer über 17 Jahre alt, soll der Lohn von M. 137,75 auf M. 170,— pro Woche aufgebessert werden. Für Jugendliche vom 19. bis zum 20. Lebensjahr soll der Lohn von M. 205,— pro Woche festgelegt werden, und für diejenigen vom 20. bis zum 21. Lebensjahre M. 255,— pro Woche. Sobald Jugendliche zu Arbeiten als Kutscher und Arbeiter herangezogen werden, erhalten sie den vollen Lohn, wie er für Erwachsene vorgesehen ist. Desgleichen sollen die Jugendlichen, sobald sie das 21. Lebensjahr erreicht haben, den vollen Lohn erhalten, unbeschadet dessen, ob sie vollwertig sind oder nicht. Für Aushilfsarbeiter ist der Stundenlohn auf M. 8,70 pro Stunde festgesetzt. Nach einer lebhaften Aussprache beschlossen die Anwesenden, diese Lohnzugeständnisse abzulehnen.

Gewerkschaftskommission Schöneberg. Die letzte Sitzung beschäftigte sich mit den Gewerbegerichts- und Krankenkassenwahlen, für die die Vorarbeiten in Angriff zu nehmen seien. Auch die Stadtverordnetenwahlen wurden behandelt, und Gen. Schimansky stellte fest, daß gerade jetzt alle Kräfte angespannt werden müßten, um den von reaktionärer Hand juristisch ausgeklügelten Handstreich gegen den Berliner Magistrat abwehren zu können. Redner empfiehlt ebenfalls die Aufstellung von Einheitslisten. — In der weiteren Diskussion, in welcher die wirtschaftliche Lage, besonders die bevorstehende Teuerung gestreift wurde, gelangte folgende vom Gen. Herrmann und Geitner eingebrachte Resolution einstimmig zur Annahme: Die Unterkommission Schöneberg beauftragt den Ausschuß, in der Berliner Gewerkschaftskommission dahin zu wirken, daß mit allen Machtmitteln die zehn Punkte des A. D. G. B. zur Durchführung gebracht werden.

Erledigter Streik. In dem vom Deutschen Transportarbeiter-Verband geführten sechstägigen Streik der gewerblichen Arbeitnehmer bei der Firma Meyer u. Co. ist durch Verhandlung eine Einigung auf folgender Grundlage erfolgt: Der Lohn beträgt jetzt pro Woche für Handwerker 440 M., für Heizer 410 M., für Fahrstuhlführer 370 M., für Helfer 350 M.

Das Zugeständnis der Firma bedeutet eine Zulage von 80, 110, 70 und 65 M. pro Woche. Von den sechs Streiktagen zahlt die Firma drei Tage.

Verband der Buchbinder und Papierverarbeiter. Die für Dienstag anberaumte Branchenversammlung der Kartonbranche fällt aus und kann erst Anfang nächster Woche stattfinden. Näherer Termin wird in den Tageszeitungen noch bekanntgegeben.

Parteiveranstaltungen

Zentralausschuß der Elternbeiträte U. S. P.

Am Donnerstag, den 1. September, abends 7 Uhr, in der Arbeiter-Bildungsschule, Breite Str. 8-9, **Sitzung. Jeder Verwaltungsbezirk muß durch zwei Mitglieder vertreten sein.**

Lichterfelde. Die regelmäßige Monats-Versammlung fällt aus. Dafür wird vollzähliges Erscheinen in der Distrikts-Generalversammlung in der Aula der Schule Elisenstraße in Steglitz erwartet.

Dienstag, 30. August

13. Verwaltungsbezirk (Tempelhof, Mariendorf, Marienfelde, Lichtenrade). Abends 7½ Uhr Elternversammlung bei Hennig, Tempelhof, Manteuffelstraße, Ecke Friedrich-Wilhelmstraße. Vortrag des Genossen Wilhauer über „Die weltliche Schule" und Besprechung der Jugendweihe. Elternbeiträte und Eltern, deren Kinder die Jugendweihe erhalten, müssen erscheinen.

15. Verwaltungsbezirk, Abteilung Adlershof. Abends ½8 Uhr im Zeichensaal der 2. Gemeindeschule Frauenabend. Vortrag des Genossen Thielemann über „Die Voraussetzungen des Sozialismus".

16. Verwaltungsbezirk (Cöpenick, Friedrichshagen, Rahnsdorf, Wahnsdorf, Grünau). 7½ Uhr Distriktsgeneralversammlung im Cöpenicker Stadttheater, Wilhelmstraße. Stellungnahme zu den Stadt- und Bezirksverordnetenwahlen. Aufstellung der Kandidaten. Erscheinen der Kandidaten Pflicht. 6½ Uhr ebenda Sitzung der Distriktsleitung.

Verwaltungsbezirk Neukölln-Britz. Die Bezirke werden ersucht, die noch ausstehenden Bilsets zum Sommerfest am Donnerstag abend im Bureau abzurechnen.

2. Distrikt (Berlin-Mitte). Arbeitslose Genossen, die Anspruch auf Freilieferung der „Freiheit" haben, melden sich beim Genossen Kuck, Schönhalzer Str. 15, von 5—7 Uhr.

18. Distrikt. Die Abteilungsführer heute im Laufe des Tages Handzettel von A. Dietrich, Kominterner Str. 46, abholen.

Mittwoch, 31. August

12. Verwaltungsbezirk Steglitz. Abends 7½ Uhr Distriktsgeneralversammlung in der Oberrealschule Elisenstraße, Steglitz. Tagesordnung: 1. Aufstellung der Kandidaten zur Stadt- und Bezirksverordnetenwahl. 2. Bericht der Stadt- und Bezirksverordneten. Die Bezirksführer werden ersucht, sämtliche Genossen hierzu einzuladen.

15. Verwaltungsbezirk, Abt. Oberschöneweide. Abends 7½ Uhr öffentliche Eltern-Versammlung in der Aula Frischenstraße. 1. Weltlichkeit der Schule. 2. Oberschöneweider Schulverhältnisse. Ref.: Dr. Ausländer. Der Elternbeirat bei der 5. Gemeindeschule (weltliche). Die Elternbeiräte eine Stunde vorher.

15. Verwaltungsbezirk. Die Genossinnen und Kinder aller Abteilungen treffen sich ½3 Uhr im Restaurant Waldhaus, drei Minuten vom Bahnhof Oberspree. Daselbst Kaffeekochen und Reigenspiele für Kinder.

15. Verwaltungsbezirk, Abteilung Johannisthal. Abends 8 Uhr Sitzung sämtlicher Funktionäre, Elternbeiräte usw. bei Schreiner, Friedrichstr. 6. Wichtige Tagesordnung.

11. Distrikt (früher 9.). Abends 7½ Uhr Sitzung der Landagitationskommission bei Schlegel, Winsstraße, Ecke Heinersdorfer Straße. Wegen der wichtigen Tagesordnung ist vollzähliges Erscheinen aller Mitglieder dringend erforderlich.

19. Distrikt (Kreuzberg). 8 Uhr Vorstandssitzung bei Kutscher, Urbanstr. 69.

Bezirksverband U. S. P. Berlin-Brandenburg. Abends 7 Uhr in der Arbeiter-Bildungsschule, Breite Str. 8-9, Referentenzusammenkunft. Vortrag des Genossen Dr. Herz. Alle für die U. S. P. tätigen Referenten sind eingeladen. Mitgliedbuch legitimiert.

Charlottenburg. Abends 7 Uhr Mitgliederversammlung in der Aula der 16. Gemeindeschule, Spreestr. 20. Vortrag des Genossen Löwenstein.

Neukölln. Abends 7 Uhr in der Aula Realschule Boddinstraße, Elternversammlung der 15.-16. weltlichen Schule, Lessingstraße. Tagesordnung: Unsere Schulen in Gefahr.

Lichtenberg. Kommunale Kommission, Untergruppe 4, Schulwesen. Sitzung bei Seipke, Scharnweberstraße, Ecke Kronprinzenstraße, 7 Uhr.

Donnerstag, 1. September

20. Distrikt (früher 4. Distrikt). Abends 7½ Uhr Frauenleseabend vom ganzen Distrikt, Reichenberger Hof, Reichenberger Str. 147. Referentin: Genossin Sagan.

Vereinskalender

Dienstag, 30. August

Deutscher Transportarbeiter-Verband (Tabakbranche). Nachmittags 4½ Uhr bei Schultheiß, Neue Jakobstr. 24-25, Versammlung der Transportarbeiter aus der Zigaretten-Industrie.

Mittwoch, 31. August

Zentralverband der Fleischer. Versammlung der Gesellen und Arbeiter der Groß-Berliner Wurstfabriken in Heinrichs Festsälen, Große Frankfurter Str. 291. Tagesordnung: Stellungnahme zum Lohntarif.

Sattler-Verband. Abends 7 Uhr Versammlung der Reiseartikel- und Portefeuiller-Branche bei Boeker, Weberstr. 17. Eintritt nur gegen Legitimation.

Verantwortlich für Politik und Feuilleton: Leo Lieboschütz, Berlin-Friedenau; für Kommunalpolitik, Lokales und Gewerkschaftliches: J. V.: Robert Henfel, Berlin; für den Inseratenteil und geschäftliche Mitteilungen: Ludwig Komerinek, Charlottenburg. — Verlagsgenossenschaft „Freiheit", e. G. m. b. H., Berlin. — Druck der Berliner Druckerei G. m. b. H., Berlin C2, Breite Straße 8-9.

Nur diese Woche im
Anzüge von 400 an
aus Ia Maßstoffen elegant. Sitz, prima Roßhaarverarbeitung, selbst gefertigt.
Kreuzfüchse von 250 an
ebenso Silberfüchse, Alaskafüchse, Zobelmäntel, Sealmäntel
Sportpelze fabelhaft billig
Seltene Gelegenheit vor der Verteuerung!
Kaufen Sie jetzt, derartige Angebote sind in Zukunft ausgeschlossen
Leihhaus, Brunnenstraße 5
Keine Lombardware — Fahrgeldvergütung

Hühneraugen
Fußschwerhärtung, altersgewurzelte Leiden entfernt mit absoluter Sicherheit „Bosco". Seit 30 Jahren bewährt. 4.50. Otto Reichel, Berlin 46, SO. Eisenbahnstr. 4

Altmetalle
zahle hohe Preise. Oderberger Str. 1, Reinickendorfer Str. 107 1. Hof, Keller.

Altmetall
kauft Kottbuser Damm 66 Flur links

Wirtschafts- und Tafelobst
vorzüglich Ebbirnen, verkauft preiswert ab Obsthaus in Falkenberg im Kleinverkauf vormittags 6 bis 12 und nachmittag ½2 bis 6 Uhr
Die städtische Gutsverwaltung Falkenberg b. Berlin

Soeben erschien Nr. 52 der Kleinen Bibliothek der Russischen Korrespondenz:
A. WINOKUROW
DIE SOZIALE FÜRSORGE IN SOWJET-RUSSLAND
Inhalt: Bis zur Oktoberrevolution / Nach der Oktoberrevolution: Die soziale Fürsorge für die Werktätigen und die Militärpersonen — Die soziale Fürsorge für die Familienmitglieder — Die übrigen Arten sozialer Fürsorge — Die Organe für soziale Fürsorge — Auf dem Wege zum Kommunismus
30 Seiten Preis Mark 0.50
Zubeziehen durch Frankes Verlag, G.m.b.H., Leipzig

Der moderne Metallarbeiter
Ratgeber f. Dreher, Schlosser u. Maschinenbauer von Otto Schwenn. Sechste verbesserte und erweiterte Aufl. 408 Seiten, 150 Abbildungen, 57 Tabellen, M. 25.-

Die Kalkulation im Maschinenbau
und moderne Arbeitsmethoden
von Otto Schwenn. Zweite verbesserte u. erweiterte Auflage. 304 Seiten, 170 Abbildungen, 22 Tabellen. M. 25.-

Die Fräserei
Lehr- und Nachschlagebuch für das ganze Gebiet der Fräserei von Otto Schwenn.
288 Seiten, 144 Abbildungen, 33 Tabellen.
M. 20.-

Zu beziehen durch die Buchhandlung „Freiheit", Berlin C2, Breite Straße 8-9

Beachtet bei Einkäufen unsere Inserenten!